

BAL
KITE
PARTY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ROOVEL
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

927 / HEFT 20

BERLIN, DEN 17. MAI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die Weltlage und die Weltwirtschaftskonferenz / I. T. Murphy: Der Parteit-
tag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands / O. Pjatnitzki: Die Errungen-
schaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit
der KI-Sektionen / V. Demar: Die Rationalisierung der Produktion und die
politische Arbeit im Betrieb / Spektator: Die Grundzüge der Weltwirtschaft
im ersten Quartal des Jahres 1927 / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 20 17. MAI

I N H A L T

	Seite
Die Weltlage und die Weltwirtschaftskonferenz	945
Murphy: Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei	952
Smeral: Die Entwicklung einer Partei der II. Internationale	958
Pjatnitski: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI.-Sektionen	967
Demar: Die Rationalisierung der Produktion und die politische Arbeit im Betrieb	976
Spektator: Die Grundzüge der Weltwirtschaft im ersten Quartal des Jahres 1927	983
W. L.: „The Party Organiser“	989

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DIE WELTLAGE UND DIE WELTWIRTSCHAFTS- KONFERENZ

„Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um überhaupt Profite herauschlagen zu können; dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen — eine andere Teilungsmethode kann es ja im System der Warenproduktion und des Kapitalismus auch nicht geben.“ (Lenin: Imperialismus. Deutsche Ausgabe S. 67.)

Den ersten Vorschlag zur Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes machte Jouhaux am 12. September 1924 in Genf.* Zweck: Liebesdienst für den Kapitalismus im allgemeinen; Stärkung der verlogenen pazifistischen Ideologie in der Arbeiterschaft, als ob der Völkerbund die imperialistischen Gegensätze friedlich schlichten könnte.** Liebesdienst für die französische Bourgeoisie im besonderen, die durch ihren Einfluß im Völkerbund gewisse Sondervorteile herauszuschlagen hoffte.*** Um den Schein zu wahren, konnte die Idee der Konferenz nicht abgelehnt werden, obwohl England solche Versuche machte. Nach dreijährigen Vorberatungen findet nunmehr die Konferenz statt.

Es wäre vollkommen überflüssig, hier allgemeine theoretische Ausführungen über die unvermeidliche Erfolglosigkeit des Versuches zu machen, die wirtschaftlichen Gegensätze im Zeitalter des Imperialismus durch Beratungen und Vereinbarungen friedlich aus der Welt zu schaffen. Dies hat Lenin in seinem „Imperialismus“ erledigt. Die unvermeidliche Erfolglosigkeit ist auch für die bürgerlichen Politiker ganz klar, daher der Beschluß, daß die Delegierten keine für ihre Regierungen bindenden Beschlüsse fassen können, daß Kampf-abstimmungen vermieden werden sollen; daß die heikelsten und brennendsten Fragen: Reparationen, interalliierte Schulden, Ein- und Auswanderung nicht auf der Tagesordnung stehen. Daher die einstimmige Meinung der führenden bürgerlichen Teilnehmer: Trendelenburg, Loucheur, A. Salter, wie auch der großen Wirtschaftszeitungen: „Manchester Guardian“ Comm. vom 27. März, „DAZ“ vom 6. März, „Frankfurter Zeitung“ vom 22. April usw. usw., daß es schon ein großer Erfolg wäre, wenn es gelingt, über die einheitliche Gestaltung des allgemeinen Teiles der Handelsverträge, über

* B. Harms: Vom Wirtschaftskrieg zur Wirtschaftskonferenz. Jena 1927, S. 328.

** Jouhaux hat die Waffe des „realistischen Pazifismus“ zur selben Zeit in der Praxis angewandt, als Hilferding die „Theorie“ verfertigt hat.

*** Von den vier imperialistischen Weltmächten sind die USA nicht Mitglied des Völkerbundes. Japan geht in europäischen Angelegenheiten — für welche es wenig Interesse hat — im allgemeinen mit Frankreich. Die Entente-Länder, die am Kriege teilgenommen haben: Belgien, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien gingen damals noch geschlossen mit Frankreich. Eine Reihe von außereuropäischen Staaten, von der Kolonialmacht Englands oder der USA bedroht, gehen mit der schwächsten Weltmacht, mit Frankreich. So hat Frankreich in den Völkerbundversammlungen regelmäßig eine Mehrheit gegen England, was übrigens nicht viel zu bedeuten hat, da die wirklichen Entscheidungen im Rat fallen.

Zollformalitäten, über die Warennomenklatur in den Zolltarifen, kurz über engbegrenzte praktische Fragen des internationalen Handels Beschlüsse zu fassen. Die vom Imperialismus untrennbaren Gegensätze lassen keinerlei weitergehende Hoffnungen zu. Einige der wichtigsten dieser Gegensätze sind die folgenden:

1. Die Produktionskapazität der Industrie der imperialistischen Mächte ist viel größer als die Absatzmöglichkeiten. Daher Sicherung des Innenmarktes durch Schutzzölle, zunehmende Monopolbildung und Dumping auf dem Auslandsmarkt. Das Dumping verhindert die Entstehung von neuen Industrien in den noch nicht industrialisierten Ländern. Daher die Forderung der kleinen Länder nach Verbot des Dumping (auch die USA sind dagegen, wenn andere es machen!). Aber das Dumping ist von dem System des monopolistischen Kapitalismus untrennbar.*

2. Dieses System vernichtet aber selbst seine Wirksamkeit, wenn es von den großen Industriestaaten allgemein gegeneinander angewandt wird: sie richten sich gegenseitig den inneren Markt durch Dumping zugrunde. Daher die Notwendigkeit der Schaffung internationaler Kartelle**.

3. Die durch die internationalen Kartelle verursachte Preiserhöhung auf dem Weltmarkt bildet einen weiteren Anreiz zur Industrialisierung der Agrarländer und neuerlicher Einengung des Absatzes auf dem Weltmarkt. Daher verschärfter Kampf innerhalb der internationalen Kartelle um die Absatzquoten: Sprengung der Kartelle.

4. Die Industrialisierung des Landes ist die Vorbedingung ihrer Wehrfähigkeit. Aber die territoriale Zersplitterung, vor allem Osteuropas, macht die Entwicklung einer eigenen wettbewerbsfähigen Industrie unmöglich, weil der innere Markt zu klein ist, um die Produktion moderner Großbetriebe aufnehmen zu können. Ohne eine vollentwickelte Industrie keine eigene selbständige Rüstungsindustrie: daher sind die Agrarstaaten militärisch von den Lieferungen der Großmächte abhängig. Zwang zur Einordnung in einen der unter Führung der Weltmächte stehenden Blocks. Keine Wirtschaftskonferenz kann die kleinen Länder aus dieser peinlichen Situation befreien.

5. Die großen Industriestaaten, die ihr eigenes Gebiet durch Schutzzölle gegen fremde Einfuhr von Industriewaren versperren, predigen für andere den Freihandel***. Die USA, Frankreich, Deutschland, Italien ziehen ihre Zollmauern immer höher; England schwenkt zögernd in dieselbe Linie ein. Zugleich wird Propaganda gegen Schutzzölle ge-

* Es ist bezeichnend, daß es der deutsche Hauptdelegierte Trendelenburg ist, der für die Weltwirtschaftskonferenz das Memorandum über Dumping schreibt. (Memorandum on the legislation for the prevention of dumping. Geneva 1927.)

** Die Schaffung von internationalen Kartellen auf allen Gebieten wird von dem Züricher Professor Großmann in seinem Memorandum: „Systèmes de Rapprochement Economique“, Ausgabe des Völkerbundes, empfohlen. Die Industriellen Frankreichs und Deutschlands werden auf der Konferenz in diesem Sinne arbeiten.

*** „C'est ce qu'on exige chez les autres“. Richtig bemerkt Mr. Hermant: Revue politique et parlementaire v. 10. IV. 1927, daß dieser Ausspruch Talleyrands über die Moral für den Freihandel in der Gegenwart am passendsten ist.

trieben, insbesondere vom Handels- und Bankkapital (siehe „Manifest der Bankiers“), und wo die imperialistischen Mächte die Macht dazu haben, wie in China, hatten sie die Einführung von Schutzzöllen mit Gewalt verhindert. Im allgemeinen ist dies aber unmöglich. So sehen wir die ganze kapitalistische Welt durch immer höher steigende Zollmauern zerklüftet. Keine Wirtschaftskonferenz kann hier Abhilfe schaffen.

6. Das Gesamtinteresse der industriellen Bourgeoisie der imperialistischen Mächte ist, die Industrialisierung der Agrarländer hintanzuhalten; aber die individuelle Profitgier des Einzelkapitalisten führt ihn dazu, in den zollgeschützten Agrarländern neue Betriebe aufzuziehen, wenn der innere Markt aufnahmefähig genug erscheint. Dadurch weitere Erhöhung des Widerspruches zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Die Weltwirtschaftskonferenz steht dieser Entwicklung hilflos gegenüber.

7. Immer mehr wichtige Rohstoffe werden von der Bourgeoisie einzelner Staaten monopolisiert. Ihr Monopol bedeutet für die anderen eine schwere Belastung. Aber die monopolistische Beherrschung von wichtigen Rohstoffen ist eben eine der Grundlagen des Imperialismus. Man wird auf der Wirtschaftskonferenz nichts dagegen beschließen können.

8. Eng zusammengepfercht kämpfen die Völker Europas, Chinas und Indiens um ihr Dasein. In den USA, in Kanada, in Australien gibt es jedoch noch Boden in großer Fülle. Aber es wird den „Osteuropäern“, den Gelben und Braunen verwehrt, in die weiten Gefilde der englischen Siedlungskolonien einzuwandern. Selbst die Erörterung der Frage wurde auf der Konferenz verboten. Boden, vorhandene und potenzielle Rohstoffquellen sollen für die herrschende Klasse reserviert bleiben.

Alle diese Fragen können im Rahmen des Imperialismus nicht gelöst werden. Die liberalen Pazifisten (Norman Angell vor dem Kriege) und die Reformisten* verleugnen oder vertuschen das wichtigste der neuen Etappe des Kapitalismus, eben seinen imperialistischen Charakter, und versuchen neue Mittel und Wege auszuhecken, um die Widersprüche der modernen Weltwirtschaft im kapitalistischen Rahmen lösen können.

*

Die Welt aber, für welche die Weltwirtschaftskonferenz Vorschläge zur ökonomischen Gesundung empfehlen soll, ist die von den schwersten Gegensätzen zerklüftete, ihrem Ende sich nähernde Welt des Imperialismus, des „sterbenden Kapitalismus“ (Lenin). Der Kapitalismus der Gegenwart befindet sich bereits im Stadium des Sterbens: es bestehen bereits die sozialistischen Sowjetrepubliken als erster großer Grundstein der Zukunft: die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker ist heute zu einem lodernen Feuer geworden, das die Grundfesten der kapitalistischen Welt in Brand setzt; es besteht die dritte Internationale, echte revolutionäre kommunistische Parteien in allen kapitalistischen Ländern.

Daher sind die Gegensätze noch komplizierter, die Konflikte noch schärfer als zur Zeit, da Lenin seinen „Imperialismus“ schrieb. Wir können diese Gegensätze in drei Gruppen teilen:

* Der IGB feiert in seinem Maifeieraufruf die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz als einen Erfolg der Ideen der Arbeiterschaft.(!) „Vorwärts“ vom 27. IV. 1927.

a) Der Kampf zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion.

b) Der Kampf zwischen imperialistischen Staaten und den unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölkern.

c) Der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten untereinander um die Neuverteilung der Welt.

Diese drei Gruppen von Gegensätzen verflechten sich auf die mannigfachste Weise untereinander und ergeben ein ungemein widerspruchsvolles Bild; alles ist noch im Fluß; es haben sich noch keine festen Blocks gebildet; aber die Entwicklung geht auf einen neuen Weltkrieg.

Konkret läßt sich folgendes sagen:

Es gibt heute vier imperialistische Mächte, die eine selbständige Weltpolitik treiben: die Vereinigten Staaten, England, Japan und Frankreich; alle anderen kapitalistischen Länder können nur Politik treiben zwischen diesen Hauptmächten oder als Teile der von diesen geführten politischen Blocks. Die Lage dieser Hauptmächte ist — obwohl sie alle imperialistische Politik treiben — sehr verschieden.

Die Vereinigten Staaten sind in sprunghafter Entwicklung zu der führenden imperialistischen Macht geworden. Der gewaltige innere Markt, die rasche Ausdehnung auf dem amerikanischen Kontinent, der fast wehrlos dem Imperialismus der Vereinigten Staaten erliegt,* die Möglichkeit, Kapital in Europa zu hohen Zinsen anzulegen, sichern dem amerikanischen Kapital einen großen Vorsprung vor seinen Konkurrenten. In Asien wachen die Vereinigten Staaten eifrig darüber, daß keine imperialistische Macht China unter ihren Einfluß bringt, festigen zugleich ihre strategischen Stützpunkte im Pazific und sind bestrebt, ihren Einfluß in Australien zu erhöhen. Der Reichtum des Landes, die hohe Lebenshaltung des Proletariats, die geringe Entwicklung der Arbeiterbewegung, der vorwiegend bürgerliche Einfluß in ihren Reihen, was damit zusammenhängt, daß große Teile des amerikanischen Proletariats eine wirkliche Arbeiteraristokratie bilden, die Schwäche der KP läßt die Gefahren für den Bestand des kapitalistischen Gesellschaftssystems als in sehr weiter Ferne liegend erscheinen.

Dadurch wird es auch möglich gemacht, daß die Vereinigten Staaten vorläufig noch keine hervorragende Rolle in der Bildung antisowjetistischer Blocks spielen. Für weitere Sicht dagegen ist es offenbar, daß die USA als stärkste kapitalistische Weltmacht die Führung im Kampfe gegen die Sowjetunion aufnehmen werden: Die USA werden den Kern der kapitalistisch-gegenrevolutionären Kräfte der Welt bilden, wie die Sowjetunion den Kern der anti-imperialistisch-revolutionären Kräfte. Diese Polarisierung der Welt ist im Zuge, ist aber heute noch nicht die richtunggebende Tatsache.

Das englische Imperium stützt sich auf seine gewaltigen Kolonien. Von jeder Neuverteilung hat es nur Verluste zu erwarten. Die Ver-

* Es gibt zwar eine starke ideologische Bewegung für den Zusammenschluß Lateinamerikas zwecks Widerstandes gegen die USA; aber diese Bewegung ist bisher dem Vordringen der USA gegenüber vollkommen machtlos.

teidigung des geraubten Bestandes gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, gegenüber den Kolonial- und Halbkolonialvölkern, gegenüber dem Proletariat ist das Wesen der englischen Politik der Gegenwart. Die Rüstungen der Weltmächte auf eine Neuverteilung der Welt, die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker, die revolutionäre Bewegung des Proletariats (das die große Mehrheit der Bevölkerung des Mutterlandes bildet und dem die englische Bourgeoisie nicht mehr die Position einer Arbeiteraristokratie bieten kann) sind, wenn auch in verschiedenem Maße, für die englische Bourgeoisie aktuelle und ernste Gefahren. Hinter der kolonialen Freiheitsbewegung und hinter der revolutionären Arbeiterbewegung sieht die englische Bourgeoisie die Sowjetunion. Diese ist der Hauptfeind, der vernichtet werden muß.

Japan ist eine asiatische, eine Pazifik-Macht. Es betreibt in China eine schlaue und tückische Offensive. Es stößt hierbei auf den Widerstand der Vereinigten Staaten, die bisher mit Erfolg verhindert haben, daß Japan die Vormacht auf dem Pazifik an sich reißt. Die Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten bleiben auch heute in Kraft — trotz des gemeinsamen Vorgehens gegen den Arbeiter- und Bauernflügel der chinesischen Freiheitsbewegung, der bestrebt ist, die imperialistische Herrschaft in China mit der Wurzel auszurotten und somit auf einer bestimmten Entwicklungsstufe die Schranken der bürgerlich-demokratischen Revolution zu überschreiten.

Japan stößt ferner auf das Wohlwollen der Sowjetunion der Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes gegenüber. Das englisch-japanische Bündnis mußte zwar auf Betreiben der USA aufgelöst werden, aber die gemeinsame Politik in China, der gemeinsame Gegensatz zur USA und zur Sowjetunion bringt England und Japan immer wieder nahe aneinander. Japan steht ferner in einer engen Kooperation mit Frankreich in fast allen weltpolitischen Fragen, vor allem in China.

Frankreich ist vor allem eine kontinental-europäische, eine Mitteländisches-Meer-Macht. Seine wichtigsten Kolonien liegen in Afrika, obgleich es einen wertvollen Kolonialbesitz auch in Indochina hat. Bei verhältnismäßig kleiner Volkszahl hat Frankreich das best ausgerüstete Landheer in Europa. Der Versuch der französischen Bourgeoisie, den europäischen Kontinent durch die Zerschlagung Deutschlands und durch ein kompliziertes System von Bündnissen unter seine Botmäßigkeit zu bringen, scheiterte an der zu schwachen ökonomischen Basis und am Widerstand Englands, Italiens und Deutschlands selbst. Frankreich steht in einem natürlichen Block mit jenen Staaten, die mit ihm zusammen die territorialen Nutznießer des Weltkrieges in Europa sind und sich gegen eine Neuverteilung zu wehren haben: Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien. Dieser Block, der früher sehr fest war, ist durch die Einkreisungspolitik Englands gegen die Sowjetunion und das offensive Vordringen Italiens auf dem Balkan zersetzt worden.

Die Politik der anderen kapitalistischen Staaten bewegt sich innerhalb der Linien der Politik der vier Weltmächte: alle anderen Staaten bilden mehr oder weniger Bestandteile von Gruppen, die unter der Führung der Weltmächte stehen.

D e u t s c h l a n d laviert zwischen den widersprechenden außenpolitischen Bestrebungen der Weltmächte. Es ist — nach den Vereinigten Staaten — die volkreichste und ökonomisch eine der stärksten kapitalistischen Mächte. Alle Vorbedingungen einer imperialistischen Ausdehnungspolitik sind voll vorhanden. Aber es wurde im Kriege geschlagen, seiner Kolonien und wertvoller Teile des Mutterlandes beraubt, entwaffnet, zu schweren Kontributionen gezwungen, einer Kontrolle seiner Finanzen, seiner Eisenbahnen, seiner Notenbank durch die Bevollmächtigten seiner Besieger und Konkurrenten unterworfen. Es ist gezwungen, zwecks Bezahlung der Reparationen Kapital zu importieren. Seine Politik besteht im wesentlichen darin, durch In-die-Wagschale-Werfen seiner ökonomischen Machtmittel zu versuchen, sich aus seiner unterdrückten Lage emporzuarbeiten. Es laviert zwischen den großen Mächten. Es gibt Anleihen an die Sowjetunion, schließt internationale Kartelle mit Frankreich, führt einen Zollkrieg gegen Polen, versucht, den Agenten des amerikanischen Kapitals in Europa zu spielen. Andererseits ist es ein Spielball der Intrigen zwischen Frankreich und England, die jeweils eine Annäherung an Deutschland vortäuschen, wenn sie in anderen außenpolitischen Fragen etwas voneinander wollen — und einigen sich schließlich auf Kosten Deutschlands. Genfer Protokoll, Locarno, Thoiry; große Hoffnungen und rasche Enttäuschungen für Deutschland, das immer wieder von den siegreichen Mächten als Schachfigur hin- und hergeworfen wird. Diese Rolle einer Schachfigur in den Händen der Sieger zeigt sich in Deutschland am deutlichsten in der Bereitschaft sogar seiner nationalistisch und revanchepolitisch gesinnten Bourgeoisie zur Umorientierung auf den Westen und gegen die USSR.

I t a l i e n hat bei der Verteilung der Welt von allen Ententemächten am schlechtesten abgeschnitten. Italien betreibt daher eine offensive Politik für eine Neuverteilung, es sucht vor allem, den Balkan zu „durchdringen“; es hat in Albanien festen Fuß gefaßt. Es versucht, Frankreich seine nordafrikanischen Kolonien streitig zu machen. Es spielt mit dem Plan einer Unterjochung der Türkei. Als zweitklassige Macht muß es sich an eine erstklassige Weltmacht anlehnen: dies ist England! Italien leistet England in China und in der Frage der Einkreisung der USSR absolute Gefolgschaft. Aber seine Bestrebungen auf dem Balkan führen zu kriegerischen Konflikten mit Jugoslawien: seine Aspirationen auf die Beherrschung des Mittelmeeres zu Konflikten mit Frankreich; sein Bestreben, Kleinasien zu erobern, treibt die Türken auf die Seite der Sowjetunion, und die Politik Italiens stört dadurch oft aufs empfindlichste die Bestrebungen Englands auf Errichtung einer geschlossenen Antisowjetfront.

O s t e u r o p a ist ein Gewirr von unlösbaren Konflikten: Deutschland—Polen; Rumänien—Ungarn; Tschechoslowakei—Ungarn; Italien—Jugoslawien; Jugoslawien—Bulgarien usw. Die Grundlage dieser Interessengegensätze bilden die den besiegten Staaten auferlegten Friedensbedingungen, die Deutschland, Ungarn und Bulgarien ohne Rücksicht auf nationale und wirtschaftliche Zusammenhänge zerstückelt haben, und aus Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien Staaten mit der buntesten nationalen Zusammensetzung, mit den schwersten inneren Gegensätzen und äußeren Konfliktstoffen geschaffen haben. Solange die Politik der zwei in der europäischen Politik ausschlaggebenden Weltmächte — Frankreich und England —

„stabil“ bloß auf die Erhaltung der durch die Friedensschlüsse geschaffenen Lage gerichtet war, blieben diese politischen Konflikte latent. Wenn aber jetzt England den Versuch macht, alle diese Staaten zu einem aktiven Kampf gegen die Sowjetunion bzw. zumindest zu einer wohlwollenden Neutralität gegenüber den aktiv kriegführenden oder am Krieg beteiligten Staaten zu organisieren, können diese latenten Konflikte akut werden, bevor noch England seinen Krieg gegen die Sowjetunion endgültig vorbereitet hat.

Es entsteht die eigenartige Entwicklung, daß, obzwar klassenmäßig alle kapitalistischen Staaten gemeinsame Gegner der Sowjetunion sind, der Versuch, eine gemeinsame Klassenfront zu schaffen, die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten aufpeitscht.

Ebenso steht es in der Kolonialfrage. Das gemeinsame Interesse der Kolonialmächte würde die Einheitsfront aller gegen jede koloniale Freiheitsbewegung natürlich erscheinen lassen. Aber eine solche Einheitsfront hat infolge der Gegensätze zwischen den imperialistischen Weltmächten — wie das Beispiel Chinas zeigt — auch nur dann Aussicht auf ein Zustandekommen, wenn die Freiheitsbewegung in eine antikapitalistische Entwicklung überzugehen beginnt: wenn die koloniale Gefahr mit der kommunistischen Gefahr vereint in Erscheinung tritt.

An Stelle der von der Sozialdemokratie verkündeten Aera des realistischen Pazifismus, des „friedlichen Ueberimperialismus“, sehen wir eine in unzählige Konflikte verwickelte Welt, wo jeden Tag Neutralitätsabkommen geschlossen werden, die keiner der Vertragsschließenden einzuhalten die ehrliche Absicht hat, wo jede Bourgeoisie Bundesgenossen zu einem gemeinsamen Krieg gegen seine Widersacher sucht. Eine Welt, wie sie der imperialistischen Periode des Kapitalismus entspricht, deren Schwierigkeiten durch das Vorhandensein der Sowjetunion und der gewaltigen Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker noch vervielfacht wird.

*

Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Weltwirtschaftskonferenz zu einer vollkommenen Ergebnislosigkeit führen muß! Unter den 35 Staaten, deren Delegierte erscheinen werden, gibt es hunderte Konfliktstoffe, ungelöste und nur mit der Waffe lösbare Probleme. Man wird leere allgemeine Resolutionen annehmen, um den Reformisten zu helfen, das Proletariat über die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu täuschen, das Proletariat einzuschläfern: vielleicht in technischen Nebenfragen (Zollformalitäten, Zollnomenklatur) irgendeine Reform einleiten. Sonst nichts! Aber die Vertreter der Weltmächte werden vielleicht die Gelegenheit benutzen, um durch die Anbietung verschiedener Vorteile die kleineren Staaten für sich zu gewinnen; insbesondere wird England versuchen, die Antisowjetfront weiter auszubauen. Nicht was in der Öffentlichkeit geschehen wird, sondern was hinter den Kulissen abgemacht wird, gibt der Konferenz einige Bedeutung.

I. T. MURPHY:
 DER PARTEITAG DER UNABHÄNGIGEN
 ARBEITERPARTEI

Man hat erwartet, daß drei Fragen den Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (Independent Labour Party, ILP), der in Leicester während der Osterwoche stattfand, beherrschen würden, nämlich: der Krieg gegen China, die Gewerkschafts-Bill und die Beziehungen der ILP zu Herrn MacDonald. Diese drei Fragen beherrschten wohl die Konferenz, aber nicht entsprechend dem Grade ihrer Wichtigkeit. Die letzte Frage (die MacDonalds) hat offenkundig alle anderen überwogen. Daß sie eine wichtige Frage ist, wird niemand bestreiten, obwohl es nicht sehr für die ILP spricht, daß ihretwegen die wichtigsten Tagesfragen in den Hintergrund gestellt werden. Wenn wir das sagen, betrachten wir keineswegs diese Frage als eine persönliche, obgleich sie das Schicksal Herrn MacDonalds in sich schließt. Die Entscheidung des Parteitags, die mit 312 gegen 118 Stimmen angenommen wurde, besagt, daß Herr MacDonald nicht mehr länger Mitglied der ILP-Delegation für den Parteitag der Labour Party (Arbeiterpartei) sein könne. Das ist das Wesen der Entscheidung, wenn man allen Schmuck beiseite läßt.

Dieser Beschluß hat sich in der ILP aufgedrängt, seit sie die Politik des „Sozialismus in unserer Zeit“ und die Forderung nach „Minimallöhnen und Familienzuschüssen“ in den Vordergrund stellt. Diese „neue“ Politik der ILP wurde durch die Erfahrungen der Arbeiterregierung verursacht. Es herrschte große Unzufriedenheit in der ILP, eine ständig anwachsende Unzufriedenheit gegenüber der Politik des langsamen, stufenweisen Fortschreitens, auf die Herr MacDonald schwört. Vielen Mitgliedern der ILP wurden durch die Arbeiterregierung die Augen geöffnet. Sie erklärten offen, daß die „Arbeiterregierung“ weder in unserer noch in irgendeiner anderen Zeit dazu taugt, den Sozialismus herbeizuführen, wenn sie weiterhin die außerordentlich langsame Gangart beibehält, die sie eingeschlagen hat. Tatsächlich sind viele der Meinung, daß sie mit jedem Schritt vorwärts zwei Schritte rückwärts machte. Das gab in der ILP Veranlassung zu einer Diskussion über das Programm der nächsten Arbeiterregierung. Ihre Gefühle kamen in dem Losungswort „Sozialismus in unserer Zeit“ und der Forderung nach „menschenwürdigen Löhnen“ (living wage) zum Ausdruck. Herr MacDonald und andere führende Mitglieder der ILP, besonders aber MacDonald, begannen auf einmal, auf die ILP loszuschlagen, und obwohl er Delegierter der ILP zum Parteitag der Arbeiterpartei war, erklärte er öffentlich, daß sich die nächste Arbeiterregierung ebensowenig wie die letzte die Art der Maßnahmen diktieren lassen werde, durch die sie den Sozialismus einführen wolle. Er schrieb auch, daß „in den Vorschlägen der ILP bezüglich der Minimallöhne und Familienzuschüsse ein Mangel an praktischer Vorstellungskraft und zugleich ein Ueberfluß schlecht begründeter Prophezeiungen hinsichtlich des Ergeb-

nisses dieser oder jener Handlung liege. Es ist ein höchst unsolide errichtetes politisches Gebäude“.

Die Angriffe Herrn MacDonalds auf die ILP, deren Vorsitzender er früher gewesen, waren in der Tat so hartnäckig und grimmig, daß der Sekretär der Partei dem Parteitag mitteilte, daß MacDonald „nicht in einer, sondern in jeder wichtigen Frage, die die ILP auf dem Parteitag der Arbeiterpartei erhoben hatte, die Partei bekämpft hat. Herr MacDonald unterscheidet sich von uns nicht in politischen Details, sondern seine ganze Denkweise ist vollständig verschieden von der Denkweise der ILP“. Er sagt weiter, „daß die Differenzen zwischen MacDonald und dem Nationalen Verwaltungsrat nicht bloß über eine Frage herrschten, sondern den ganzen Komplex der Innen- und Außenpolitik der Partei umfaßten und daß niemand sich verhehlen konnte, daß MacDonald in all diesen Beziehungen nur eine Minorität in der ILP vertrat“.

Bei so großen Differenzen kann man nicht überrascht sein, daß die ILP endlich Einwendungen gegen MacDonald als Delegierten ihrer Partei erhebt. Es ist tatsächlich überraschend, nichtsdestoweniger aber typisch, daß die ILP nicht schon früher die Frage von MacDonalds Mitgliedschaft aufgerollt hat. Doch nein, die ILP ist eine jener bemerkenswerten Organisationen, die ihren führenden Mitgliedern erlaubt, sie öffentlich in Mißkredit zu bringen, und die ihren Mitgliedern keine Verpflichtungen auferlegt, die Politik durchzuführen, die die Partei vertritt. Zum Beispiel verteidigte auf diesem Parteitag Herr Sh i n w e l l offen MacDonald, griff die Politik der ILP scharf an, zog ihre Beschlüsse in Zweifel und wurde doch in die neue Exekutive der Partei gewählt. Das führende Organ der ILP „The new leader“ macht dazu die Bemerkung, daß diese Wahl „zweifelloso in Anerkennung seiner Fähigkeiten als Debatter“ vollzogen wurde. Wenn man dies zu der widerlichen Heldenverehrung und den Lobreden in Beziehung bringt, deren Gegenstand seitens der ILP MacDonald später gewesen ist, muß man notgedrungen die Schlußfolgerung ziehen, daß ja der Beschluß betreffend MacDonald als das Ergebnis des Druckes von unten und nicht als das Ergebnis eines fundamentalen Wechsels in der Führerschaft der Partei gefaßt wurde. Der Beschluß ist für den Differenzierungsprozeß symptomatisch, der in den Reihen der Arbeiterklasse vor sich geht und dem die ILP durch einen Ruck nach links und durch den Gebrauch radikalerer Phrasen zu begegnen sucht. MacDonald ist in den Kampf gegen alle linken Strömungen in der Arbeiterbewegung so stark verwickelt, daß es für ihn auch nicht mehr länger möglich war, die linken Phrasen mitzumachen. Daher die Opferung MacDonalds als Delegierter der ILP zum Parteitag der Labour Party.

Die ILP hat somit einen neuen Wendepunkt in ihrer Laufbahn erreicht. Als sie vor fast vierzig Jahren zum ersten Male auf dem Schauplatz der Geschichte erschien, spielte sie eine deutlich revolutionäre Rolle in der britischen Arbeiterbewegung. Sie spielte zusammen mit einer Anzahl anderer sozialistischer Parteien die Rolle eines Pioniers bei der Loslösung der Arbeiterklasse von den alten traditionellen Parteien der Bourgeoisie und bei der Grundlegung einer unabhängigen politischen Arbeiterbewegung. Dies war eine wichtige politische Aufgabe. Bei ihrem Kampfe um eine unabhängige Arbeiterbewegung konnte sie sich eines Stücks des Apparates der Gewerkschaften unter dem Banner der „Unabhängigkeit der Arbeit“

(„labour independence“) bemächtigen. Aber je mehr sie hier zur Führung gelangte, um so mehr entfernte sie sich vom Sozialismus. In der Tat schwebte ihr immer der Sozialismus als ein „fernes göttliches Ereignis“ vor, ohne irgendwelche bestimmte Beziehungen zu den Tagesaufgaben, vor die sie gestellt war. Es war so für die Mittelschichten leicht, diese Partei als ihren Mittler für die Öffentlichkeit und zur Herstellung des Kontakts mit der Arbeiterbewegung im allgemeinen zu benutzen. Tatsächlich hatten die Mittelschichten, die Intellektuellen usw., bis in die Zeit von 1918 keine anderen Mittel und Wege, in die Arbeiterbewegung einzutreten, als durch die sozialistischen Parteien.

Doch im Jahre 1918 änderte sich der Organismus der Labour Party, indem sie aus einer Partei, die aus angeschlossenen Organisationen besteht, zu einer Partei wurde, die aus angeschlossenen Organisationen plus individuellen Mitgliedern besteht. Von diesem Augenblick an war es für die nichtgewerkschaftlichen Elemente nicht mehr notwendig, durch das Tor der ILP in die Arbeiterbewegung hineinzugelangen, und das Wachstum der aus individuellen Mitgliedern bestehenden Sektionen der Labour Party hat zweifellos eine scharfe Konkurrenz für die ILP bedeutet und sie genötigt, eine neue Rolle zu spielen. Dies war besonders der Fall, als die Kommunistische Partei auf den Plan trat. Es war nun Sache der ILP, auf der einen Seite zu zeigen, daß nach einer kommunistischen Partei kein Bedarf wäre und daß innerhalb der ILP Raum für alle revolutionären Elemente sei, und auf der anderen Seite die Loyalität der Partei gegenüber der Führerschaft der Labour Party zu erhalten, die durch die Elemente ihres eigenen rechten Flügels beherrscht wurde.

Diese Rolle einer linkszentristischen Partei war bis zum Antritt der Arbeiterregierung verhältnismäßig leicht. Selbst Mac Donald und Clynes konnten dieses Spiel solange mitmachen, bis endlich die neuen Erfahrungen sie zwangen, neue Wege einzuschlagen. Jene Rolle war verhältnismäßig leicht, solange die Arbeiterpartei in Opposition war, ohne irgendeine Verantwortung für die Anwendung ihrer Politik und ohne Verpflichtung der Konsequenz gegenüber den Prinzipien des Klassenkampfes. Doch als einmal die Arbeiterpartei für die Verwaltung der kapitalistischen Ordnung die Verantwortung übernommen hatte, zwang der Kontrast zwischen Worten und Taten die Führerschaft der Labour Party und die ILP, der neuen Lage offen ins Gesicht zu sehen. Infolge einer Reihe von Geschehnissen, über die sie keine Kontrolle hatte, sah sich die Führerschaft der Labour Party an der Spitze einer großen Massenbewegung, die den Glauben an die bürgerlichen Parteien verloren hatte, und sie sah vor sich die Möglichkeit, in nicht weiter Ferne die parlamentarische Mehrheit zu erlangen. Unter dem Eindruck dieser Möglichkeit und infolge ihrer innigen Verknüpfung mit der bürgerlichen Politik in den neun Monaten, die sie im Amte war, konnte sie nicht länger die Rolle eines sozialistischen Agitators und gleichzeitig eines bürgerlichen Staatsmannes spielen. Von da an begann sich die Spaltung innerhalb der ILP zu zeigen, und zwar infolge der Tatsache, daß sie sich selbst von der Labour Party unterscheiden mußte oder von ihr aufgesaugt würde. Dies bahnte den Weg zur Uebernahme der Banner der ILP durch die Führer von Clyde. Sie waren zu dieser Stellung insofern wohl befähigt, als sie alle an den Gebrauch revolutionärer Phrasen gewöhnt sind und aus

Wählerkreisen kamen, in denen die Arbeiterklasse ausschlaggebend war. Sie allein konnten die ILP davor retten, aufgesaugt zu werden. Aber um dies zu tun, mußten sie sich einigermaßen von MacDonald, Clynes u. Co. abgrenzen.

Doch dies bedeutete nicht, daß die ILP als eine Partei eine neue Rolle zu spielen im Begriffe war. Im Gegenteil, die Aktion gegen MacDonald war unternommen worden, um die ILP instand zu setzen, ihre alte Rolle, die Massenbewegung daran zu hindern, sich in die Richtung der kommunistischen Partei zu orientieren, weiter zu spielen. Das läßt sich an den „neuen“ Parolen, die von der ILP herausgegeben werden, mit einem Blick ersehen. Der Parteitag bestätigte wiederum die Forderung nach dem „Sozialismus in unserer Zeit“. Aber bedeutet dies, daß eine Politik, die von der Politik der Labour Party grundverschieden ist, verfolgt werden soll? Bedeutet dies, daß den Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei innerhalb der Arbeiterpartei neue Verpflichtungen auferlegt werden sollen? Es bedeutet bloß, daß die ILP nur eine verschiedene Meinung bezüglich dessen ausdrückt, was eine Arbeiterregierung tun sollte, wenn sie eine Mehrheit gewinnt.

Daß es nicht mehr bedeutet als eine bloße Meinung, ist deutlich aus der Stellung der ILP zu MacDonald und all ihren Mitgliedern, die in der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung Stellungen haben, ersichtlich. Während sie nach außen hin Herrn MacDonald aus der Delegation der Labour Party abberuft, spricht sie MacDonald als Führer der Labour Party, der sie selbst angehört, ihr Vertrauen aus, wie es auch ihre Absicht ist, für ihn als Schatzmeister der Labour Party zu stimmen. Daß ihre Opposition gegen MacDonald eine Scheinopposition ist, geht aus all dem klar hervor. All ihr Gerede von Kampf für den „Sozialismus in unserer Zeit“ ist eitel Schaumschlägerei. Wenn ein weiterer Beweis verlangt wird, so liefert die Haltung des Parteitags der ILP zum Anti-Gewerkschaftsgesetz den endgültigen Beweis. Alles, was sie zu sagen vermocht hat, ist, daß sie jede Kampagne unterstützen wird, die die — Labour Party unternimmt, um sich der Bill entgegenzustellen. Herr David Kirkwood erklärte zwar, daß „die Gewerkschaftsbill den Klassenkampf in all seiner Scheußlichkeit proklamierte“. Bedeutete dies aber, daß die ILP unter solchen Umständen auf seiten und im Interesse der Arbeiterklasse auftreten wollte, und die Herausforderung der Regierung durch eine klare Richtlinie für die Arbeiterklasse, die den ersten Kampf gegen die Regierung wollte, zu beantworten sich anschickte? Keineswegs. Jedes Mitglied des Parteitages der ILP, jeder Führer auf diesem Parteitag wußte sehr wohl, daß die Führerschaft der Labour Party und der Generalrat des Gewerkschaftskongresses weder die Absicht hatten noch die Absicht haben, einen wirklichen Kampf gegen die Regierung zu führen, die ILP gibt der Labour Party, in der ihre Führer den Ausschlag geben könnten, keine Richtlinie, sie wartet auf die nächste Arbeiterregierung.

Natürlich ist es kein reiner Zufall, daß die ILP zwölf Monate vorher eine ähnliche Haltung einnahm, als der Generalstreik und die Vorbereitungen dazu die brennendste Frage für die Bewegung der Arbeiterklasse wurden. Das stimmt mit der ganzen Laufbahn der ILP überein. Sie bellt zwar laut, aber sie beißt nicht. Sie ist wie ein zahnloses altes Geschöpf, dem es vor der Welt graust und das wohl fähig ist, zu träumen, das aber keine Organe hat, um zu kämpfen. Die Rede des Herrn Maxton ist eine ILP-Rede durch

und durch: „Der industrielle Friede auf der Basis der Armut, Unterwerfung und Erniedrigung ist eine Sache, die nicht einmal geträumt werden kann, solange das Volk dieses Landes den letzten Rest von Geist noch besitzt.“ Er wies auf den Angriff der Regierung, wie er in ihrer Gewerkschaftsgesetzgebung gelegen sei, hin und sagte:

„Wir werden dieser Gesetzgebung im Unterhause und im ganzen Lande entgegen-treten. Wir werden versuchen, zu verhindern, daß sie zum Gesetz des Landes werde. Aber das scheint mir eine negative Methode zu sein, der Situation ins Gesicht zu sehen. Ich glaube, daß alle Sektionen der Bewegung auf diesen Angriff antworten sollen, indem sie darauf ausgehen sollen, die Bewegung stärker zu machen, als sie je vorher gewesen ist, die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften zu verdoppeln, die Zahl unserer Mitglieder in der Labour Party zu verdoppeln und eine ILP aus hunderttausend Männern und Frauen zu schaffen, von denen jeder einzelne ein Kämpfer ist, die die Stoßtrupps dieser Arbeiterarmee sind, zum Zwecke eines entschlossenen Angriffes gegen den Kapitalismus durch die Forderung eines menschenwürdigen Lohnes für alle, als den Schlüssel des Zieles. Um der Erreichung dieses Zieles näher zu kommen, muß der erste Schritt dadurch getan werden, daß sofort eine Erhöhung der Löhne für alle Gruppen der Arbeiterklasse gefordert wird.“

Stellte aber die ILP diese Forderung gegenüber der Labour Party auf? **N e i n.** Zeigte sie irgendwelche Mittel und Wege auf, um das Anti-Gewerkschaftsgesetz ernsthaft zu bekämpfen? **N e i n.** Zeigte Herr Maxton irgend etwas auf, was der Parteitag außer acht ließ? **N e i n.** Sagte er, was mit der verbreiteten Gewerkschaftsbewegung zu geschehen habe? Sagte er, was mit der vergrößerten Mitgliederzahl der Labour Party, mit den Hunderttausend der „Stoßtrupps“ geschehen sollte? Oder was stellte er sich unter dieser Offensive gegen den Kapitalismus vor? Wie dachte er sich die Erreichung der Lohnerhöhung von 20 Prozent für die Arbeiterklasse? Dafür liegt keinerlei Hinweis vor. Und doch weiß Herr Maxton, ebensogut wie es die ILP-Konferenz wußte, daß die Konservativen im Parlament eine überwältigende Mehrheit haben und das Gesetz gegen die Gewerkschaften, ohne einen Abänderungsvorschlag anzunehmen, durchbringen können.

Wenn wir die Vorschläge der ILP, die sich auf den m e n s c h e n - w ü r d i g e n L o h n („living wage“) beziehen, prüfen, so finden wir, daß sie in der Einsetzung einer Kommission durch die nächste Regierung bestehen, „um zu ermitteln, in welchem Ausmaße der menschenwürdige Lohn den menschlichen Bedürfnissen und dem Standard eines zivilisierten Lebens entsprechen würde“. So hat es also den Anschein, daß diese Frage des menschenwürdigen Lohnes zunächst bis zu einer Untersuchung durch die nächste Arbeiterregierung aufgeschoben werden soll, einer Untersuchung, die gemäß der Politik der ILP durch Herrn MacDonald geführt werden würde, der dieser Lohnpolitik, und also auch einer entsprechenden Untersuchung, feindlich gegenübersteht. Was der nächste Schritt sein wird, weiß niemand, da ja offenbar die ILP dagegen ist, Herrn MacDonald zu bekämpfen und ihn aus der Führung hinauszufegen.

Aber Herr Maxton wird etwas deutlicher, wenn er eine 20 p r o z e n t i g e L o h n e r h ö h u n g fordert. Welcher Weg soll aber zu diesem Zwecke eingeschlagen werden? Schlägt Herr Maxton vor, daß jeder Gewerkschaftsverband sofort die Forderung einer Lohnerhöhung von 20 Prozent erheben soll? Und wenn ja, was ist zu tun, wenn die Unternehmer diese Forderung zurückweisen? Sollen dann die Verbände in Streikaktionen eintreten? Und wenn ja, soll dies in Form einer Reihe von Streiks der einzelnen Verbände

sein, von denen wir sehr wohl wissen, daß dabei die Unternehmer siegen werden? Oder soll es der Generalstreik sein? Und wenn es der Generalstreik sein soll, wie verhält es sich da um die Bedrohung des Staates, die ein solcher Generalstreik mit Notwendigkeit bedeutet? Herr Maxton sagt über diese Sache nicht ein Sterbenswörtchen. Doch wenn er es ernst meinte, und wenn die ILP es ernst meinte, so müßte gewiß die Logik ihrer Vorschläge geprüft werden, und die ILP müßte klar festlegen, was sie unter diesen Umständen zu tun vorschlägt.

Doch nein, ihre Forderung wird nur von ihr in alle Winde hinausposaunt, um ihr den Anstrich des Radikalismus zu geben. Anstatt der Beantwortung unserer Fragen wird uns eine Vorlesung in Moral gehalten und erzählt, daß „es der ILP ziemt, dem Geist und dem Willen des Menschen Zügel anzulegen, welcher der bestimmende Faktor ist, um in den sozialen und ökonomischen Angelegenheiten Wandel zu schaffen, für den Sozialismus zu arbeiten und ihn zu propagieren. mit Eile zwar, aber ohne Katastrophe“. Möglicherweise mag es Maxton und der ILP aufdämmern, daß es notwendig ist, aufzuzeigen, worauf „der Geist und der Wille des Menschen“ konzentriert werden soll und wie dies zu geschehen hat, und wie es um die Möglichkeit bestellt ist, das zu erreichen, worauf wir unseren Geist und unsere Kräfte konzentrieren sollen, und daß es ferner notwendig ist, zu zeigen, wie der Sozialismus in Eile oder selbst stufenweise, aber ohne Katastrophe des Kapitalismus erreicht werden kann. Auf diese Fragen haben aber weder Maxton noch die ILP jemals eine gerade und offene Antwort der Arbeiterklasse gegeben. Es ist dies heuchlerische Phrasendrescherei, welche die Führer der ILP in jeder Lage charakterisiert und die Bourgeois-Führer in die Lage versetzt, die Arbeiterbewegung mit Spott und Hohn zu überschütten und mit Verachtung zu behandeln. Was soll beispielsweise das Gezeter Maxtons und seiner Kollegen über den Mangel an Verständnis und Zusammenarbeit zwischen der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ und der III. Internationale, wenn sie in jeder für die Arbeiterklasse wichtigen Lage die Einheitsfront mit der Sektion der Kommunistischen Internationale, die sich in ihrer unmittelbarsten Nachbarschaft befindet, ablehnen? Selbst auf diesem Parteitag, auf dem sich Maxton für die Vereinigung der beiden Internationalen erklärte, weigerte er sich — es tut wenig zur Sache, ob auf bestehende Vorschriften hin oder nicht — das Telegramm der Kommunistischen Partei Großbritanniens zur Verlesung zu bringen, das an die ILP einen Appell zur Herstellung einer Einheitsfront in den Fragen des Krieges gegen die chinesische Revolution und des Kampfes gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz richtete. Er weigerte sich, Delegierte der Kommunistischen Partei zuzulassen, die entsendet waren, um brüderliche Grüße zu überbringen und um an die Konferenz den Appell zu einer einheitlichen Aktion in diesen großen Fragen, die vor der Arbeiterbewegung stehen, zu richten. All das Gerede über die Vereinigung der beiden Internationalen kann unter solchen Umständen nur als heuchlerischer politischer Humbug angesehen werden.

In der Frage der britischen Intervention in China könnte es den Anschein erwecken, als ob auch hier der Parteitag der ILP eine radikale Resolution gefaßt hätte. Diese protestierte gegen die militärischen Maßnahmen, die durch die britische Regierung in China getroffen

worden sind, sie erklärte, daß sich ein Zustand des offenen Krieges allmählich herausbilde, verlangte die Rückberufung der bewaffneten Kräfte aus China und der Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern und betonte das „Recht des chinesischen Volkes, seinen eigenen Weg zu gehen, ohne Einschreiten fremder Mächte“. Diese Resolution wäre viel begrüßenswerter, wenn die ILP es mit ihrem Verlangen wirklich ernst meinte. Aber es ist kein Anzeichen ihres Ernstes in dieser Sache vorhanden. Denn sie behält MacDonald, Clynes, Snowden, Shinwell und andere als Mitglieder in ihren Reihen, die einer solchen Politik ausdrücklich ablehnend gegenüberstehen und sie offen zurückweisen. Von all den Parlamentsmitgliedern, die zur ILP gehören, wird keines zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie MacDonalds Führung folgen, anstatt sich an die Richtlinien dieser Resolution zu halten. Von den Mitgliedern des Generalrats des Gewerkschaftskongresses, die Mitglieder der ILP sind, erwartet man nicht, daß auch nur eines unter ihnen dafür kämpfen wird, daß diese Resolution zur Politik des Generalrats werde. Wieder einmal bellt die ILP und beißt nicht.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die ILP von einem Rückgang in 126 Sektionen berichten mußte, während die Kommunistische Partei in der gleichen Periode einen Zuwachs von 150 Lokalorganisationen verzeichnen kann. Der Parteitag der ILP in Leicester war als ein Manöver gedacht, um die ILP von der Verantwortung für die politische Leitung der Labour Party zu befreien, indem sie den Sozialismus vom Sankt-Nimmerleins-Tag propagiert und sich als Kämpfer für den Sozialismus hinstellt, ohne Verpflichtung, ihren Worten die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Aber ihr Bluff wird sie nicht retten. Eine Partei kann nicht von Phrasen leben, und nichts als Phrasen sind in dem Programm der ILP geblieben.

B. SMERAL :

DIE ENTWICKLUNG EINER PARTEI DER II. INTERNATIONALE

Mitte April fanden gleichzeitig die Parteitage von zwei Parteien der II. Internationale statt, der französischen Sozialisten und der tschechischen Sozialdemokraten. Auf beiden traten Erscheinungen zutage, die für die jetzigen Tendenzen im reformistischen Lager charakteristisch sind. Ich werde auf einige Momente aus dem Parteitage der tschechischen Sozialdemokratie aufmerksam machen.

In ihrem Bericht geben die tschechischen Sozialdemokraten die Zahl der Mitglieder ihrer Partei mit 114 953 an. Es ist unmöglich, die sozialdemokratische Statistik zu überprüfen. Die Aufnahmebedingungen bei den Sozialdemokraten sind leichter, die Fluktuation der Mitglieder ist größer als in der Kompartei. Die Kompartei der Tschechoslowakei hat 138 000 Mitglieder. Im Jahre 1920, vor der Trennung von den Kommunisten, war die damals noch einheitliche tschechische Sozialdemokratie die stärkste Partei des Landes, sie bekam bei den Parlamentswahlen damals 1 590 520 Stimmen,

25,7 Prozent der Gesamtstimmenzahl, 37,4 Prozent der Stimmen der nationalen Gruppe der Tschechen und Slowaken. Erst nach sechs Jahren, auf dem jetzigen Parteitag, haben die tschechischen Sozialdemokraten öffentlich bekannt, wie stark der Schlag war, der sie bei der Bildung der Kompartei im Jahre 1921 traf. Im Prager Kreise, wie ein Delegierter dieses Kreises in der Debatte auf dem Parteitag erklärte, sind damals mit den Sozialdemokraten nur sieben Organisationen mit ungefähr 1000 Mitgliedern gegangen. Heute behaupten sie, in diesem Kreise 88 Organisationen mit 11 000 Mitgliedern zu haben. Die Kompartei hat hier 578 Zellen und 18 000 Mitglieder. Im ganzen bekamen bei den letzten Parlamentswahlen im November 1925 die tschechischen und slowakischen Sozialdemokraten 630 894 Stimmen gegen 922 711 Stimmen der Kommunisten. Da der Radius des Einflusses auf die politisch nicht organisierte Masse, wie die Praxis der Versammlungen und anderen öffentlichen Kundgebungen zeigt, bei den Sozialdemokraten ein kleinerer ist als bei den Kommunisten, ist es sehr wahrscheinlich, daß die dem Parteitag vorgelegten Ziffern aus tendenziösen Gründen übertrieben sind. Auch kann man als ganz sicher annehmen, daß die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie schlechter ist als in der Kompartei. Das sozialdemokratische Parteiorgan „Pravo Lidu“ behauptet, daß in der Partei die proletarischen Elemente (die im Haushalte lebenden Frauen eingerechnet) 80 Prozent nicht erreichen. Es ist jedoch eine Tatsache, daß sich die tschechische Sozialdemokratie seit 1921 in einem bestimmten Grade erholt hat. Sie ist zwar kleiner als die Kompartei, sie nimmt bei weitem nicht eine ähnliche führende Stellung in der Arbeiterbewegung ein wie die Sozialdemokraten in Wien, mit denen sie sich durch Jahrzehnte in einem Staate und unter ähnlichen Bedingungen entwickelte, aber immer noch wird ein ernster Teil der tschechischen Arbeiter von ihr beeinflußt. Der Kampf um diese Arbeiter, gegen den Reformismus, gegen die Sozialdemokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kompartei in der Tschechoslowakei.

Das erstemal hielt diesmal die tschechische Sozialdemokratie ihren Parteitag ab in einer Lage, wo sie in der Tschechoslowakei nicht an der Regierung teilnimmt. Acht Jahre hat sie in der Koalition mit der Bourgeoisie gelebt. Acht Jahre hat sie der Bourgeoisie geholfen, den Druck der revolutionären Arbeiter abzuwehren und den Staat kapitalistisch zu organisieren. Jetzt fühlt sich die Bourgeoisie schon selbst stark genug, um die Hilfe der sozialdemokratischen Diener entbehren zu können. Gleichzeitig hat von unten der Druck der durch die Koalitionspolitik betrogenen, durch die kommunistische Aufklärung aufgeweckten Massen der Parteimitgliedschaft eine solche Stärke angenommen, daß das weitere Bleiben der Partei in der bürgerlichen Regierung unmöglich wurde. Wie wirken die Erfahrungen von acht Jahren, wie wirkt die neue Lage, das Abstoßen durch die Bourgeoisie, die Unzufriedenheit der Arbeiter auf die Führer? Sind sie einer Wendung nach links fähig? Nehmen sie wenigstens jetzt, wo sie gegen ihren Willen das „bittere Brot“ der Opposition essen müssen, die Idee des Klassenkampfes ernster? Der Verlauf des Parteitages beantwortet diese Frage in verneinendem Sinne. Wie der Kapitalismus, so sind auch die sozialdemokratischen Parteien und die ganze II. Internationale zum unaufhaltsamen Verfall verurteilt.

Ich werde zuerst ausführen, wie die internationalen Fragen auf dem Parteitage der tschechischen Sozialdemokraten behandelt wurden. Wir bekommen dabei sofort die volle Erbärmlichkeit, Prinzipienlosigkeit, Lakeienhaftigkeit der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei zu kosten. Gleichzeitig gibt dieser Teil der Verhandlungen des Parteitages interessante Einblicke in die innere Tätigkeit der ganzen II. Internationale.

Die tschechische Sozialdemokratie ist in der Exekutive der II. Internationale durch ihren bekanntesten Führer Soukup vertreten. Dieser beteiligte sich an allen wichtigeren Beratungen der Exekutive in den letzten zwei Jahren und berichtete dem Parteitag über seine Erfahrungen. Da er ein leichtes Temperament hat, plauderte er manches aus der Schule, was von den Diplomaten der II. Internationale, besonders von den wienerischen „Austromarxisten“ sonst in solcher Klarheit öffentlich, vor den Arbeitern, nicht gesagt wird. Die größte Sorge, die jetzt alle Führer der II. Internationale haben, wenn sie sich unter sich befinden, ist die Frage der Beteiligung der „sozialistischen“ Parteien an den bürgerlichen Koalitionsregierungen in den heutigen kapitalistischen Staaten. Nicht nur die tschechische Sozialdemokratie, sondern die ganze II. Internationale steht jetzt vor der Tatsache, daß einerseits der Druck der Massen gegen die Koalition mit den Bürgerlichen steigt, auf der anderen Seite aber die bürgerlichen Parteien selbst, nachdem sie die Dienste der Sozialdemokraten zur Festigung der kapitalistischen Macht ausgenützt haben, die Sozialdemokraten aus den Koalitionsregierungen herausjagen. Die II. Internationale hat ihre ganze Politik auf die Möglichkeit der „Mitregierung“ mit der Bourgeoisie eingestellt. Es entsteht jetzt eine Ratlosigkeit in ihrer Führung. Die Praxis des Lebens hat die Lügen und den Verrat enthüllt. Sehr bald sind zerflossen die Illusionen, die die sozialdemokratischen Arbeiter in der Zeit der MacDonald-Regierung in England, in der Zeit des linken Blocks in Frankreich, in der Zeit der Ebert-Präsidentschaft in Deutschland hatten. Die Entwicklung führt nicht über die „Zusammenarbeit“ der Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie zur Linderung der Klassengegensätze, zum Sozialismus, auf dem gewaltlosen, schmerzlosen, friedlichen Wege, sondern im Gegenteil, zur stets mächtigeren Verschärfung der Klassengegensätze, zur Steigerung der Klassenkämpfe, zum Abbau der Demokratie, zum bürgerlichen Terror, zum Faschismus und zur sozialen Revolution. In Schweden, in Dänemark, in England, in Oesterreich, in Deutschland, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Litauen wurde den Arbeitern ein wirksamer Anschauungsunterricht über die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, über die Unmöglichkeit der Politik des Reformismus gegeben. Von allen Staaten der Welt sitzen die Sozialdemokraten nur noch in drei ganz kleinen (in Finnland, Belgien und Lettland) auf den Ministersesseln. Und auch hier können sie sich in ihrer „Macht“ vorübergehend nur noch deswegen halten, weil sie eine Politik betreiben, die ihre eigenen Arbeiter gegen sie immer mehr empört. In Belgien hat der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokraten beschlossen, die Frage, ob die Partei in der Koalitionsregierung bleiben oder aus ihr austreten soll, der Abstimmung aller Parteiorganisationen vorzulegen. Im Brüsseler Departement waren 29 000 Stimmen gegen und nur 6000 für die Beteiligung an der Regierung. 23 000 Mitglieder haben sich der Abstimmung

enthalten. In Antwerpen, in der flämischen Stadt des langjährigen Sekretärs der II. Internationale, Camille Huysmans, der jetzt Minister ist, waren 26 000 Stimmen gegen und nur 6 (!) für. Nach diesen belgischen Ziffern kann man beurteilen, wie die Koalition mit den Bürgerlichen jede sozialdemokratische Partei zersetzt.

Wie reagiert auf die angeführten Tatsachen die II. Internationale? Will sie auf Grundlage der Erfahrungen ihren bisherigen Standpunkt ändern? Nein! Auf dem Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie teilte der Referent Soukup wörtlich folgendes mit:

„Die Frage der Beteiligung der sozialdemokratischen Parteien an den Koalitionsregierungen der heutigen kapitalistischen Staaten wird eine der wichtigsten Punkte der Tagesordnung des 3. Kongresses der II. Internationale im nächsten Jahre in London sein. Es wird schwer sein, in dieser Richtung irgendwelche obligatorischen internationalen Direktiven festzustellen. Es ist notwendig, die Lösung dieser Situation der selbständigen inneren Entscheidung einer jeden Partei in ihrem eigenen Staate zu überlassen. Es ist unter uns kein Streit darüber, daß die Frage der Beteiligung an einer Koalitionsregierung oder die Frage einer oppositionellen Politik, keine programmatischen, keine prinzipiellen, sondern ausschließlich Fragen der Taktik sind. Diese Taktik zu bestimmen, fällt in die Kompetenz der selbständigen Entscheidung der Partei, die durch sie unmittelbar berührt ist, und die nur allein sich darüber aussprechen kann, was in der gegebenen Lage geschehen soll oder nicht.“

Von Interesse ist weiter, wie auf dem tschechischen sozialdemokratischen Parteitag über das Verhältnis der II. Internationale zum Völkerbund verhandelt wurde. Auch diese Frage wird im nächsten Jahre dem Londoner Kongreß vorgelegt. In der Führung der II. Internationale verhandelt man heute nicht über das Verhältnis zum Völkerbund selbst. Dieses Verhältnis im positiven Sinne ist für die reformistischen Diener des Imperialismus etwas Selbstverständliches, Unstrittiges. Aber auch auf diesem Gebiete kompliziert sich die Lage. Das erwachende kritische Bewußtsein, die Unruhe und Unzufriedenheit der bis jetzt sozialdemokratischen Proletarier macht die Durchführung des Verrats an den proletarischen Klasseninteressen und an der Internationalität schwieriger. Jetzt macht den Führern der II. Internationale folgende konkrete Frage Sorgen: „Kann ein Sozialist ein offizielles Mandat im Völkerbunde auch aus der Hand einer rein bürgerlichen kapitalistischen Regierung übernehmen, gegen die seine eigene Partei in Opposition steht?“ Das ist der Fall des französischen Sozialdemokraten Paul Boncour, der heute im Völkerbunde als Vertreter des Poincaré (!) fungiert und des belgischen Sozialdemokraten de Brouckère. Wie will auf diese Frage die jetzige Führung der II. Internationale reagieren? Sie hat schon den entsprechenden Antrag für den Londoner Kongreß fertiggestellt. In Prag wurde darüber folgendes mitgeteilt:

„Auf der letzten Konferenz der Exekutive der Internationale in Zürich wurde eine Resolution angenommen, die prinzipiell ausspricht, daß die Entscheidung darüber, wann und unter welchen Bedingungen die Sozialisten ein Mandat im Völkerbunde annehmen und durchführen dürfen, ausschließlich in die Kompetenz der entsprechenden sozialistischen Parteien fällt; und daß auch diese allein berufen sind, zu prüfen, ob die Ausübung dieses Mandats im Einklange steht mit den Prinzipien des internationalen Sozialismus, mit den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und mit den prinzipiellen Resolutionen der Sozialistischen Internationale.“

Die Exekutive selbst will auf dem Londoner Kongreß nur verlangen, daß der Völkerbund „demokratisiert“ werde, daß er aus einer Vertretung der

Regierungen zu einer Vertretung der Parlamente werde. Aber dem tschechischen Mitglieder der Exekutive der sozialpatriotischen Internationale scheint sogar dies viel zu weitgehend. Er sagte, den Umbau des Völkerbundes auf eine parlamentarische Grundlage könne die Sozialdemokratie nur „prinzipiell“ fördern:

„Der Völkerbund muß auch beschlußfähig und aktionsbereit sein. Wie die Aktionsbereitschaft mit der Demokratie zu vereinigen, das ist ein P r o b l e m. Bei der heutigen Kompliziertheit in den Parlamenten, bei der Entfernung der Parlamente, besonders der außereuropäischen Länder, ist das keine leichte Frage.“

Nur mit einem einzigen, kurzen, kalten und trockenen, versteckten Satze wurde im Referat über die Aufgaben der II. Internationale C h i n a u n d d i e Kolonien erwähnt. Außer einer kurzen allgemeinen Redewendung n i c h t s g e g e n d i e K r i e g s g e f a h r ! Dagegen hetzte Soukup auf dem tschechischen sozialdemokratischen Parteitag aber lange und pathetisch g e g e n d i e U S S R, gegen die Kommunisten und gegen die i n t e r n a t i o n a l e E i n h e i t s f r o n t. Alle Lügen, die durch die von den Imperialisten bezahlte Presse der konterrevolutionären Emigration gegangen sind, hat er eben in der jetzigen Lage zu wiederholen für notwendig gefunden. „Vergewaltigtes“ Georgien, 80 000 eingekerkerte und gemarterte „Sozialisten“, 1200 in dem letzten Jahre durchgeführte Todesurteile, schreckliche Erschießungen von Geißeln und sonstige Lügen, dabei selbstverständlich kein Wort über die wirtschaftliche Entwicklung, über Industrialisierung und über sozialistische Bautätigkeit — so wurden die heutigen Verhältnisse in der USSR geschildert. Und einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse gegen die Offensive der Bourgeoisie?

„Führt die Liquidation aller kommunistischen Sektionen und Zellen in Europa durch, mischt euch nicht in die europäischen Verhältnisse, liquidiert durch die Uebergabe der Regierung an die Menschewiki die proletarische Diktatur in der USSR — d a n n werden wir sofort zusammenkommen und uns die Hände reichen können.“

Das ist die Linie der II. Internationale der Sowjetunion und dem Kommunismus gegenüber, wie sie in Prag einfach klargestellt wurde.

Nun zu den i n n e r e n Fragen der tschechischen Sozialdemokratie. Nach dem ursprünglichen Plane sollte die Hauptaufgabe des Parteitages sein, e i n n e u e s P a r t e i p r o g r a m m z u g e n e h m i g e n. Es wurde ein Programmentwurf ausgearbeitet, veröffentlicht und vorgelegt. Im letzten Moment wurde entschieden, dieses Werk heuer nicht durchzuführen, sondern nur das Referat anzuhören, die Diskussion und Beschlußfassung bis zum nächsten Kongreß zu verschieben. Aber schon das Referat und der Entwurf sind Dokumente, bezeichnend dafür, wie die Sozialdemokratie unaufhaltsam degeneriert.

Das Referat erstattete Stivin, ein Mensch, der sich einmal auf einen „Linken“ herauspielte. Die ganze Konstruktion seiner Rede macht den Eindruck, als ob er mit den Stimmungen des Widerstandes in den eigenen Reihen Kampf führen würde. Er begann mit einer Berufung auf das Heidelberger Programm der deutschen, auf das Linzer Programm der österreichischen und auf die vorbereitete Revision des Programms der belgischen Sozialdemokratie. Dabei trachtete er erstens zu „überzeugen“, daß die Programme der einzelnen sozialdemokratischen Parteien v e r s c h i e d e n sein können. (Beispiel: „Während in dem Linzer Programm ein längeres Kapitel über Religion enthalten ist, beschäftigt sich das Heidelberger Programm mit

der Frage der Religion überhaupt nicht“.) Zweitens hielt er es für notwendig, besonders zu betonen, daß in einer Frage alle verschiedenen sozialdemokratischen Programme einheitlich sind, nämlich in der Anerkennung der demokratischen Republik und ihrer militärischen Verteidigung. Er war sich offenkundig bewußt, daß hier die Stellen sind, die auch die sozialdemokratischen Arbeiter schwer verdauen werden.

Ausdrücklich erklärte der Referent, die tschechische Sozialdemokratie wolle keine

„strenge dogmatische Partei sein wie die kommunistische. Sie will zwar nicht in voller Breite die englische Labour Party nachahmen, die auf programmatische Fragen überhaupt keine Betonung legt, in der der Marxismus sehr wenig anerkannt ist, aber sie wird den Arbeiter auch in keine Zwangsjacke einschnüren. Wir müssen der Partei ein solches Programm geben, daß es keinen Genossen, der es ansieht, drücke. Von diesem Standpunkt aus beurteilt die Tatsache, warum in dem vorgelegten Programm das oder jenes nicht direkt ausgesprochen ist, warum hie und da eine freiere, allgemeinere Stilisierung gewählt wurde“.

„Freiere, allgemeinere Stilisierung“ — das bedeutet in der Wirklichkeit nichts anderes, als in der Epoche der Revolution und der schärfsten Offensive des Kapitals das Proletariat vollständig zu entwaffnen und den konterrevolutionären Führern in ihrer verräterischen Politik volle Freiheit zu geben. Dazu muß natürlich in erster Linie aus dem alten sogenannten Programm alles ausgemerzt werden, was dort noch zum Klassenkampf verpflichten könnte. Die Führer der tschechischen Sozialdemokraten haben schon lange die innere Lust, sich vom Marxismus auch formell loszusagen. Prinzipiell und theoretisch wenig gebildet, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Gründen des politischen Karriërismus, haben sie sich an den Rücken des Präsidenten Massaryk angeklebt, und einige von ihnen (z. B. Bedyne) haben schon in offener Diskussion versucht, die Partei zu „massarykisieren“. Stivin, in einem offiziellen Referat, hat sich vorläufig nicht erlaubt, das offen zu vertreten. Vorläufig soll die tschechische Sozialdemokratie zu Massaryk durch den verschlechterten Jaurès, dessen Ansichten im Sinne eines absoluten legalen Kretinismus verdreht wurden, hinübergeleitet werden. So sprach Stivin bei der Begründung des neuen Programmwurfes:

„Marx war niemals mit einem Parteiprogramm zufrieden. Er war nicht einmal mit dem Programm der I. Internationale zufrieden, das er selbst geschrieben hat, bei dem er aber auch auf den Standpunkt der anderen Rücksicht nehmen mußte. Auch über diesen hat er sich scharf genug geäußert. Scharf trat er auch gegen das Gothaer und sein Mitarbeiter Engels gegen das Erfurter Programm auf. Daraus folgt, daß Marx und Engels, vor allem aber Marx, der Jahrzehnte im Exil lebte und keine unmittelbaren Beziehungen zur deutschen Arbeiterschaft hatte, gegen ein Programm auftrat, das aus den praktischen Bedürfnissen der deutschen Arbeiterschaft herausgewachsen war. Warum führe ich diese Gegensätze an? Um zu beweisen, daß etwas anderes ist eine theoretische wissenschaftliche Arbeit und etwas anderes die lebendige Arbeiterbewegung. Wer sich an die Buchstaben des Karl Marx wird halten können, findet in unserem Programm Dinge, die er mit gleichem Rechte bekämpfen könnte, wie Karl Marx das Gothaer Programm 1875 bekämpft hat. Für uns ist Marx kein unfehlbarer Papst, sondern eine geschichtliche Etappe der sozialistischen Wissenschaft, von der wir natürlich mit jedem Jahre weitergehen. Und wenn wir den Namen des Mannes sagen sollen, den wir nach der geschichtlichen Epoche von Karl Marx als den weiteren Lehrer der Arbeiterklasse betrachten, dann müssen wir Jean Jaurès nennen.“

Es muß ein schöner Morast sein, in den die tschechischen sozialdemokratischen Führer mit Zustimmung der ganzen II. Internationale die ihnen

noch vertrauenden Arbeiter führen wollen, wenn sie den Weg dazu auf diese Art begründen müssen. Jaurès ist bei weitem nicht die letzte Stufe dieses Weges. Die Abkehr vom Marxismus ist eine Abkehr vom Sozialismus und von dem proletarischen Klassenstandpunkt überhaupt. Die praktische konterrevolutionäre Politik der tschechischen sozialdemokratischen Führer soll auch einen programmatischen Ausdruck bekommen. Es ist ein sehr großes Maß von Keckheit dazu notwendig, um eine solche Niedertracht mit dem Namen von Jaurès zu decken. Sogar die Berufung auf das Gothaer Programm ist eine Unverfrorenheit. Das, was die tschechischen Sozialdemokraten jetzt, 1927, als Entwurf eines Programms vorzulegen sich erlauben, erreicht bei weitem nicht das Niveau der Gothaer Formulierungen, die Marx schon vor 51 Jahren für nicht genug weitgehend hielt. Ich will nicht sprechen von der Formulierung des Zieles und von den Methoden des Kampfes. Aber in dem Entwurfe der tschechischen Partei der II. Internationale sind sogar Forderungen des Minimalprogramms in einer bescheideneren, die Interessen der Bourgeoisie mehr berücksichtigenden Weise formuliert als vor dem Kriege. Ich werde einige Beispiele anführen. Ausgelassen ist die in dem bisherigen Programm der tschechischen Sozialdemokratie (beschlossen in Hainfeld 1889, revidiert in Wien 1911) enthaltene Forderung der Miliz und der allgemeinen Volksbewaffnung. An dessen Stelle erklärt sich in ihrem neuen Entwurfe die Sozialdemokratie ausdrücklich für das stehende Heer, für die Vaterlandsverteidigung und sogar (in der Tschechoslowakei) für die Kolonialpolitik.

„Solange nicht im Weltmaßstabe die allgemeine Abrüstung durchgeführt wird, soll das tschechoslowakische stehende Heer nur in solcher Größe erhalten werden, die für die Sicherheit des Staates notwendig ist; auch Ausgaben für die Rüstungen sollen diesem Prinzip entsprechen. In der Annahme, daß die demokratische Republik die natürlichste Grundlage für die Vorbereitung und für den Kampf zum Siege des Sozialismus darstellt, erklärt die Partei, sie werde diese Republik immer treu und entschlossen gegen alle Angriffe auf ihre Existenz, ihre demokratischen, republikanischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen verteidigen.“

„Die kolonialen Rohstoffe, die die Grundlage der modernen technischen Produktion bilden, sollen aufhören, ein Monopol der kolonialen Großmächte zu sein, und sie sollen durch die wirtschaftlichen Organe des Völkerbundes einzelnen Staaten nach ihren Bedürfnissen zugewiesen werden. Die Verwaltung der Kolonien soll schrittweise in ein Mandatssystem umgewandelt, die eingeborene Bevölkerung systematisch zur Selbstverwaltung erzogen werden.“

Ausgelassen wurde aus dem bisherigen Programm die Forderung nach Trennung der Kirche vom Staate. Sie wurde durch folgende Formel ersetzt:

„Indem sie die Religion als eine subjektive Aeußerung (als persönliche Sache des Einzelnen) respektiert, hält die Sozialdemokratie sie für eine Privatangelegenheit.“ „Auf Grund der religiösen oder kirchlichen Zugehörigkeit kann niemand auf Vorteile oder Privilegien im öffentlichen Leben Anspruch erheben.“ „Abschaffung aller kirchlichen Einflüsse auf den Staat, auf die Selbstverwaltung, auf das Schulwesen und auf die Bildungsinstitutionen.“

In nationalen Fragen verlangt der neue Programmentwurf keine Selbstbestimmung, nicht einmal (entsprechend der alten sozialdemokratischen Terminologie) „Völkerbefreiung“, sondern nur die „Regelung der nationalen Verhältnisse in einer solchen Form, daß kein Anlaß zu klagen vorliegt“, eine „kulturelle Autonomie“, bei der die Mitglieder der entsprechenden Nation „die Verwaltung, eventuell die Kontrolle (!) der kul-

turellen und sozialkulturellen Institute“ bekommen sollen. Auch folgende minimale Forderungen sollen aus dem bisherigen Programm ins neue nicht übernommen werden: direkte Gesetzgebung durch das Volk, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes im Staate, im Lande und in der Gemeinde, kurze Legislaturperioden, Bestrafung der Beamten für die Beschränkung der Rechte der Einzelnen oder von Vereinen, kostenlose Rechtspflege, Entschädigung der unschuldig Verhafteten oder Verurteilten, Wahl der Geschworenen, Aufhebung der Todesstrafe.

Der Gesamteindruck des Parteitages ist folgender: Die tschechischen Sozialdemokraten stehen sogar unter dem Niveau der früheren bürgerlichen Demokraten. Sie haben sich vollkommen in die Dienste des kapitalistischen Staates gestellt. Sie denken überhaupt nicht an eine ernste Aenderung der kapitalistischen Wirtschaft. Auch wenn sie über den „friedlichen“, „evolutionären“ Weg zum Sozialismus sprechen, sprechen sie ohne jede innere Ueberzeugung, nur um nicht den Einfluß auf den noch mit ihnen gehenden Teil der Arbeiter zu verlieren. Auch wenn sie jetzt in der Opposition sind, wollen sie nicht die Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus führen. Im Gegenteil. Sie tun alles und sie werden weiter alles tun, um in den proletarischen Massen die wenigen Kräfte zu brechen, die der kapitalistischen Stabilisierung und dem Funktionieren des bürgerlichen Staates Schwierigkeiten machen könnten. Darum wollen sie sogar die Minimalforderungen des vorkriegszeitlichen sozialdemokratischen Programms abschneiden und herabsetzen. Politisch ist ihr Ziel, daß sie möglichst bald wieder in der Regierungskoalition mit den Bürgerlichen sitzen können. In die Koalition mit der Bourgeoisie wollen sie, obzwar sie wissen, daß ihre Position in ihr noch mehr untergeordneter Natur sein wird wie früher. Für die allernächste Zeit möchten sie gern in ein engeres Verhältnis der Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten kommen. Sie wollen sich dadurch gegen den Druck der nach der proletarischen Einheitsfront rufenden Massen schützen (aus diesem Grunde haben sie auch die Vereinigung der zwei im Lande existierenden Zentralen der Amsterdamer Gewerkschaften durchgeführt), sie wollen weiter auch die deutschen Sozialdemokraten für die Regierungskoalition mit der Bourgeoisie gewinnen, um so ihren Einfluß in der eventuellen neuen Koalitionsregierung etwas zu stärken. Dies ist aber die Musik einer ganz unbestimmten Zukunft. Vorläufig denkt die Bourgeoisie überhaupt nicht daran, die sozialdemokratischen Diener in ihrem Haushalt wieder anzustellen. Außerdem operiert die oppositionelle Kritik der tschechischen Sozialdemokraten, die absichtlich die Klassenargumentation meiden, so viel mit den Argumenten des tschechischen Nationalismus, daß dies den deutschen Sozialdemokraten eine öffentliche Zusammenarbeit mit ihnen sehr erschwert. So haben z. B. die tschechischen Sozialdemokraten als einen Bestandteil ihres Parteitages eine „Konferenz der tschechischen Minoritäten“ einberufen. Auf dieser Konferenz haben sie die tschechischen bürgerlichen Parteien als **w e n i g n a t i o n a l** bekämpft, weil sie nach dem Eintritt der Deutschen in die Regierung bei der Durchführung der Bodenreform die Praxis der nationalen Kolonisierung, die Uebergabe des Bodens in den deutschen Gebieten ausschließlich an die Günstlinge aus dem tschechischen nationalen Lager, nicht mehr mit derselben Rücksichtslosigkeit durchführen wie früher! Ganz ablehnend verhalten sich selbstverständlich die tschechischen

Sozialdemokraten der kommunistischen Linie der Einheitsfront des Klassenkampfes und der Vereinigung der Gewerkschaften gegenüber. Mit dem Sozialismus, mit der Vergangenheit der tschechischen Arbeiterklasse haben die heutigen tschechischen Sozialdemokraten nichts mehr gemein. Von Marx sind sie theoretisch auf Massaryk gekommen. Die Perspektive der weiteren Entwicklung ihrer wichtigsten Führer führt über einen verschlechterten „Jaurèsismus“ zum amerikanischen „Gompersismus“, d. h. nicht nur tatsächlich, sondern auch formell in das bürgerliche Lager. Die tschechische Sozialdemokratie wird so die Rolle übernehmen, die vor dem Kriege der französische Sozialismus durch solche Produkte wie Millerand, Briand und Viviani gespielt hat: der Bourgeoisie die Henker zur Drosselung der Arbeiterbewegung zu liefern. Ein trauriger Prozeß der Degeneration der einmal großen und wichtigen Arbeiterpartei! Diesen Weg werden und können die Arbeiter nicht gehen, die bis jetzt bei der tschechischen Sozialdemokratie geblieben sind und mit deren Hilfe sie noch im vorigen Jahre über sechshunderttausend Stimmen bekam. Die Konsequenzen, zu denen die Linie der tschechischen sozialdemokratischen Führer auf dem Gebiete der auswärtigen Politik führt (offene Unterstützung aller Bestrebungen der internationalen Konterrevolution, des konterrevolutionären Kampfes gegen die nationale Bewegung in den Kolonien, gegen die USSR, Unterstützung der Vorbereitungen zu neuem Kriege), werden den Prozeß der Aufrüttelung der sozialdemokratischen tschechischen Arbeiter leichter machen. Die Aera der relativen Stabilisierung ist keine Aera der Ruhe, sondern der verschärften Klassengegensätze und verschärften Klassenkämpfe. Sie ist eine Aera, die uns nicht von der sozialen Revolution weiter entfernt, sondern der sozialen Revolution näher bringt. Auch in der Aera einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus in einem industriellen Lande kann die Kommunistische Partei eine ähnlich unbestrittene Vertreterin der ganzen Arbeiterbewegung werden, wie in Deutschland vor dem ersten imperialistischen Kriege die deutsche Sozialdemokratie es war. Dies in absehbarer Zeit zu erreichen, ist eine große, vom Standpunkt der ganzen Kommunistischen Internationale wichtige praktische Aufgabe der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

O. PJATNITZKI:

DIE ERRUNGENSCHAFTEN, DIE MÄNGEL UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ORGANISATIONSARBEIT DER KI-SEKTIONEN*

4. Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits gesagt, daß die kommunistischen Parteien einen starken ideologischen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben, daß sie aber innerhalb der Gewerkschaften sehr schwach sind.

Während des englischen Bergarbeiterstreiks gelang es der KP Deutschlands in keinem Reichsverband, Beschlüsse über materielle Hilfe für die englischen Bergarbeiter durchzusetzen, die Einstellung der Ueberstundenarbeit in den Bergwerken zu erreichen und den Kohlenexport nach England zu unterbinden. Ja noch mehr: der KPD ist es bis heute nicht gelungen, den Verrat zu verhindern, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an der gesamten deutschen Arbeiterklasse übt (faktische Aufhebung des Achtstundentages, Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, was eine Arbeitslosenarmee von mehr als 1½ Millionen zur Folge hat), und den auch die Zentralvorstände der einzelnen Verbände beim Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern begehen. Die Erklärung dafür liegt darin, daß die KPD in keinem Verband die Mehrheit hat.

Mit der KP Englands ist es nicht besser bestellt: während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks spielten die KPE und die Minderheitsbewegung eine hervorragende Rolle in den Gewerkschaftskartellen, Streikleitungen und Aktionsausschüssen, aber es gelang ihr weder, die schmachvollen Kompromisse zu vereiteln, die die Eisenbahnerverbände nach dem Generalstreik mit den Unternehmern schlossen, noch auch einen einzigen großen Verband zur materiellen Hilfeleistung für die Bergarbeiter in dem kritischsten Augenblick ihres Kampfes zu bewegen. Dasselbe gilt auch in bezug auf die Durchsetzung des Embargo. Trotzdem diese Parole der Bergarbeiter unter der Arbeiterklasse Englands sehr populär war, gelang es der KPE und der Minderheitsbewegung nirgends, den Transport und das Ausladen von Kohle zu unterbinden. Die Ursachen sind dieselben wie in Deutschland.

Auf der außerordentlichen Konferenz der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung Englands Anfang 1927, wurden Gewerkschaftsorganisationen mit 1 080 000 Mitgliedern repräsentiert. Der Minderheitsbewegung sind jedoch kollektiv hauptsächlich städtische Gewerkschaftsorganisationen angeschlossen, die laut der Verfassung der englischen Gewerkschaften keinerlei Rechte haben (auf den Kongressen der englischen Gewerkschaften sind sie nicht vertreten). Trotz des zersplitterten Zustandes der englischen Gewerkschaftsbewegung (die Textilarbeiter haben 57 Berufsverbände, die Transportarbeiter, ohne Eisenbahner, 9 und die Metallarbeiter 48 Verbände, die dem

* Fortsetzung des Artikels in KI Nr. 17/19.

Englischen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind) gehört der Minderheitsbewegung kein einigermaßen bedeutender Verband als Ganzes an.

Was die Tschechoslowakei und Frankreich betrifft, wo es selbständige rote Gewerkschaften gibt, auf die die KPTsch bzw. die KPF einen unbestreitbaren Einfluß ausüben, so ist auch dort die Lage im allgemeinen nur um ein wenig besser als in Deutschland und England.

In der Tschechoslowakei bestehen 15 Zentralvereinigungen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften mit insgesamt 1 707 598 Mitgliedern, von denen nur 201 035, d. h. 11,77 Prozent den roten Gewerkschaften angehören. Es ist verständlich, daß die roten Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit von den anderen gewerkschaftlichen Vereinigungen abhängig sind; aber in diesen ist der Einfluß der KPTsch gering (von den 45 575 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern der KPTsch gehören 35 653 den roten Gewerkschaften an, 9101 sind in deutschen und tschechischen Amsterdamer und 821 in anderen Verbänden organisiert. In Frankreich umfassen die roten unitären Gewerkschaften zwar ungefähr 50 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, aber auch sie sind in ihren Handlungen in beträchtlichem Maße von den Reformisten abhängig, da es in ein und denselben Industriezweigen Verbände beider Richtungen gibt.

Ferner muß man berücksichtigen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Frankreich sehr gering ist. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählt etwa 1 Million Arbeiter und Angestellte, während es in Frankreich ungefähr 11 Millionen Arbeiter und Angestellte gibt. Die Mitglieder der KPF sind hauptsächlich in den roten Gewerkschaften organisiert, und darum übt die KPF auf die reformistischen Verbände keinen bedeutenden Einfluß aus.

Können nun die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder sich mit einem solchen Zustand zufriedengeben, daß sie zwar große Massen zu Demonstrationen führen und bei Wahlen Millionen von Stimmen erhalten, gleichzeitig aber außerstande sind, die reformistischen Gewerkschaftsführer daran zu hindern, tagtäglich die Interessen der Arbeiter zu verraten? Wie läßt sich dieser Zustand ändern? In erster Linie dadurch, daß von den Kommunisten in Verbänden aller Richtungen energische und zähe Arbeit geleistet wird, daß sie sich zu kommunistischen Fraktionen zusammenschließen und daß die Fraktionen seitens der Parteileitungen richtig geleitet werden. Man kann nicht behaupten, daß bis jetzt die Sektionen der KI diese Bedingungen erfüllt hätten.

1. Vor allem muß festgestellt werden, daß nicht alle Mitglieder der kommunistischen Parteien gewerkschaftlich organisiert sind. Es handelt sich hier nicht darum, dem Beschluß über den Eintritt der Kommunisten in die Gewerkschaften nur formell nachzukommen. Denn faktisch liegen die Dinge so, daß wir unsern Einfluß in den Gewerkschaften nicht verstärken können, wenn nicht alle Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten. Die kommunistische Partei zieht durch ihr Programm, ihre Losungen, ihren wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie die Arbeiter an sich heran. Bei den verschiedensten Wahlen geben Arbeiter, die keine Kommunisten sind, ihre Stimmen für die KP ab. Die kommunistischen Arbeiter befinden sich in einer Umgebung, auf die sie einwirken können und müssen. Es ist anzunehmen, daß im Durchschnitt jeder Kommunist um sich zehn Arbeiter hat.

die er beeinflussen kann. Folglich weigert sich jeder Kommunist, der seiner Gewerkschaft fernbleibt, die Beeinflussung dieser seiner Umgebung durchzuführen, folglich fördert er nicht die Steigerung des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften; er trägt, im Gegenteil, zur Verringerung dieses Einflusses bei. Ja noch mehr: solche Kommunisten hemmen das Wachstum der Klassengewerkschaften. In der Tat, wie können die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder unter den Arbeitern und Angestellten erfolgreiche Werbearbeit für die Klassengewerkschaften leisten, wenn nicht alle Kommunisten gewerkschaftlich organisiert sind. (Die reformistischen Gewerkschaften Deutschlands zählten 1922 ungefähr 9, jetzt 5 Millionen Mitglieder. Viele von den 4 Millionen, die 1923 und 1924 die Gewerkschaften verlassen haben, können durch die KPD wiederum den Gewerkschaften zugeführt werden. Wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, ist der Umstand, daß nicht alle Kommunisten den Gewerkschaften angehören, ein unbedingtes Hindernis für die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe, wodurch wiederum der Einfluß der KPD in den Gewerkschaften geschwächt wird.)

Indessen zeigen die in der Org-Abteilung des EKKI vorliegenden statistischen Angaben aus allen Ländern (erhalten von den entsprechenden Abteilungen der Zentralkomitees), daß viele Parteimitglieder nicht gewerkschaftlich organisiert sind und dadurch der Einfluß der kommunistischen Parteien in den Gewerkschaften geschwächt wird. Nachstehend bringen wir diesbezügliche charakteristische Zahlen aus einigen legalen kommunistischen Parteien.

In Deutschland waren zum 1. Juni 1926 in 17 von den 28 Bezirken von den Parteimitgliedern gewerkschaftlich organisiert:

	In Prozenten der Gesamt-Mitgliedschaft
1. Berlin-Brandenburg	90
2. Pommern	69
3. Ostsachsen	85
4. Erzgebirge-Vogtland	85
5. Oberschlesien	46
6. Westsachsen	92
7. Halle-Merseburg	75 ✓
8. Thüringen	77
9. Niedersachsen	85
10. Ruhrgebiet	70
11. Niederrhein	57
12. Hessen-Frankfurt	65
13. Saargebiet	90
14. Mittelrhein	55
15. Württemberg	68
16. Nordbayern	65
17. Wasserkante	72

Ferner einige Beispiele aus einzelnen Städten Deutschlands:

In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen, 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im 6. Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder, davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert.

Aus Hamburg wird berichtet, daß genaue Zahlen nicht mitgeteilt werden können, jedoch sei festgestellt worden, daß viele Parteimitglieder noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Aus Remscheid (Niederrhein) wird mit-

geteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zurückkehrten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD-Mitglieder und Sympathisierende organisiert.

Im Metallarbeiterverband in Witten und Hörde (Ruhrgebiet) ist unser Einfluß darum gering, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hörde 3282 Mitglieder, davon sind nur 4 Kommunisten. Nicht besser ist es um Witten bestellt. In Köln stehen noch 40 Prozent der Genossen außerhalb der Gewerkschaften. In anderen Ländern dürfte die Lage noch schlechter sein, denn in Deutschland wurden spezielle Kampagnen für den Eintritt der Kommunisten in die Gewerkschaften durchgeführt, während wir aus den anderen Ländern von derartigen Kampagnen nichts gehört haben. Errechnet man den Durchschnitt für die 28 Bezirksorganisationen, so erweist es sich, daß in Deutschland zur Zeit 70 Prozent der Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Zieht man 10 Prozent ab, die auf Hausfrauen und andere organisationsunfähige Schichten entfallen, so bleiben trotzdem noch 20 Prozent übrig, die in die Gewerkschaften eintreten können.

Tschechoslowakei. Nach den statistischen Angaben (März 1927) aus 3219 der vorhandenen 4791 Betriebs-, Straßen- und Dorfzellen, die 92 691 Mitglieder von den 138 000 Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei erfassen, sind nur 45 575 oder 49,2 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Die der Partei angehörenden Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Vertreter freier Berufe, Hausfrauen und Invaliden, die nicht gewerkschaftlich organisiert werden können, machen insgesamt die Zahl von nur 22 936 oder 24,7 Prozent aus. Man kann folglich feststellen, daß 24 180 organisationsfähige Mitglieder der KP Tschechien den Gewerkschaften fernbleiben.

Amerika. Nach den Angaben der Org-Abteilung der KP Amerikas sind nur 40 Prozent der Mitglieder der Workers (Communist) Party gewerkschaftlich organisiert.

England. Auf der Organisationskonferenz der KP Englands wurde berichtet, daß 90 Prozent der Parteimitglieder den Gewerkschaften angehören.

Die KP Englands stellt in dieser Beziehung eine Ausnahme dar. Im Durchschnitt sind nicht mehr als 50 bis 55 Prozent der Mitglieder der kommunistischen Parteien gewerkschaftlich organisiert.

2. Die KP Englands, KP Deutschlands und die KP Italiens haben natürlich bereits starke Positionen in den Amsterdamer Gewerkschaften (in diesen Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung nicht gespalten). Dank der energischen Arbeit der italienischen Kommunisten begann die Confederazione del Lavoro (Amsterdamer Richtung), die von den reformistischen Gewerkschaftsführern den Faschisten zuliebe aufgelöst worden war, wieder zu arbeiten. Die italienischen Kommunisten besitzen starken Einfluß in den Gewerkschaftskartellen der Industriestädte und in den großen Verbänden. Leider ist das Tätigkeitsgebiet der italienischen Klassengewerkschaften sehr beschränkt, da der Eintritt in die faschistischen Gewerkschaften für alle

Arbeiter obligatorisch ist (die Mitgliederbeiträge werden bei der Entlohnung eingetrieben) und nur die faschistischen Gewerkschaften berechtigt sind, Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen.

Die KP Englands besitzt großen Einfluß in einzelnen Verbänden und lokalen Gewerkschaften. Unlängst gelang es lokalen Parteiorganisationen, in einigen Ortsgruppen ihre Mitglieder als Sekretäre der Gewerkschaftsorganisationen durchzusetzen (in England finden die Neuwahlen der besoldeten Gewerkschaftsfunktionäre sehr selten statt).

Was die KP Deutschlands betrifft, so hatte sie 1926 die Mehrheit in 70 Ortsausschüssen der ADGB-Kartelle, in 35 Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes, 43 des Bergarbeiterverbandes, 8 des Textilarbeiterverbandes, 32 des Chemiarbeiterverbandes usw. Bei den Wahlen zu den Verbandstagen der Metallarbeiter und der Bergarbeiter im Jahre 1926 erhielt die KPD im Metallarbeiterverband 33 Prozent der abgegebenen Stimmen und im Bergarbeiterverband 40 Prozent. Im Jahre 1923, zur Zeit des stärksten revolutionären Aufschwunges, hatte die KPD im Metallarbeiterverband 44 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten, 1925 aber, als die Gewerkschaftsarbeit von der Ruth-Fischer-Zentrale vernachlässigt worden war, nur 23 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Man kann sagen, daß die KPD in allen großen Gewerkschaftsverbänden bei den unlängst stattgefundenen Neuwahlen im Durchschnitt nicht weniger als 25 Prozent der Mitglieder hinter sich hatte. Was die letzten Neuwahlen der Ortsvorstände in einzelnen Verbänden und Ortskartellen anbelangt, so hat die KPD neben Teilniederlagen im Metallarbeiterverband in Oberschlesien beträchtliche Erfolge zu verzeichnen, soweit man nach den spärlichen Mitteilungen urteilen kann, die bis jetzt von der Presse gebracht worden sind.

In vielen Fällen ist die Zahl der Stimmen, die für die linke Opposition abgegeben worden sind, im Vergleich zu den vorigen Wahlen gestiegen. In Stuttgart z. B. erhielt die Opposition bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung des Metallarbeiterverbandes 72 Prozent aller Delegierten (237 Mann) ,die Reformisten dagegen 28 Prozent (92 Mann). Im Holzarbeiterverband Berlin erhielt die Opposition bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung dieses Verbandes um 500 Stimmen mehr als im vorigen Jahr, die Amsterdamer dagegen vergrößerten ihre Stimmenzahl nur um 80. Im ganzen erhielt die Opposition 5364 Stimmen gegenüber 5715 Stimmen, die auf die Liste der Reformisten entfielen. Bei den Wahlen zum Verbandstag trug die Opposition einen Sieg über die Reformisten davon.

Ein anderer Fall: In Berlin erhielt bei den Angestelltenwahlen im Verband der Sattler die Opposition nur um 19 Stimmen weniger als die Amsterdamer (1343 gegen 1362). Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner verhielten sich die für die Opposition und für die Reformisten abgegebenen Stimmen wie 21 zu 29, was für die Opposition im Vergleich zu dem vorigen Jahr einen großen Erfolg bedeutet. Ähnlich liegen die Dinge in einer Reihe von Verbänden in Berlin und im Reich.

Ebenso gelang es der Opposition in einer Reihe von Gewerkschaften bei den Wahlen der leitenden Organe zum ersten Male in den letzten Jahren, die oppositionellen Kandidaten durchzubringen bzw. ihre Zahl zu vergrößern. Diesbezügliches Material steht uns zur Verfügung.

Nicht umsonst spuckt der „Vorwärts“ Gift und Galle, wenn er über Erfolge der Kommunisten bei Gewerkschaftswahlen berichten muß, und jauchzt vor Freude, wenn in dem einen oder anderen Fall die kommunistische Liste in der Minderheit bleibt. Die Position der KPD in den Gewerkschaften festigt sich von Tag zu Tag. Das geben bereits die reformistischen Führer zu. Karl Zwing schreibt in dem Artikel „Die Gewerkschaften im Jahre 1926“ in Nr. 1 des Januarheftes des „Gewerkschafts-Archivs“ für 1927 folgendes:

„Zu registrieren ist auch noch, daß die Kommunisten im abgelaufenen Jahre lebhaftere Agitation für die Gewerkschaften betrieben, zu dem Zweck natürlich, die Gewerkschaften in ihre Hände zu bekommen. Irgendwelche besonderen Erfolge hatten diese Bemühungen nicht. Auch bei den in den letzten Wochen des Jahres stattgefundenen Wahlen zu den Ortsverwaltungen für das Verwaltungsjahr 1927 blieben die Kommunisten überall stark in der Minderheit.

Die oben angeführten Wahlergebnisse und das in der Presse veröffentlichte Material bestätigen zwar nicht ganz die Behauptung des reformistischen Verfassers, jedoch zeigt schon allein die Tatsache, daß die Reformisten sich gezwungen sehen, in ihrer Presse eine lebhaftere Agitation der Kommunisten im Jahre 1926 zugunsten der Gewerkschaften festzustellen, daß die KPD bei ihrer Arbeit in den Gewerkschaften auf dem richtigen Weg ist. Diese Arbeit wäre noch erfolgreicher, wenn die 20 Prozent Kommunisten, die noch außerhalb der Gewerkschaften stehen, in den Gewerkschaften tätig wären und wenn die bestehenden Fraktionen besser arbeiteten als es 1926 der Fall gewesen ist. Ich halte es für notwendig, zu betonen, daß die im Laufe des letzten Jahres in den Gewerkschaften erreichten Erfolge dem Bestehen kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften zu verdanken sind, obwohl ihre Arbeit bei weitem noch nicht als gut zu bezeichnen ist.

3. In England sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei in allen Massenorganisationen, darunter auch natürlich in den Gewerkschaften, zu Fraktionen zusammengefaßt. Aus den Berichten auf der im Oktober 1926 stattgefundenen Org-Konferenz der KP Englands ist ersichtlich, daß es in London 84 Fraktionen gibt (1925 bestanden 30 Fraktionen), von denen 60 regelmäßig über ihre Tätigkeit Berichte erstatten. In Manchester gibt es 8 Gewerkschaftsfraktionen, im Bezirk Liverpool bestehen 32 Fraktionen in einzelnen Verbänden und 6 Fraktionen in Gewerkschaftskartellen. Kommunistische Gewerkschaftsfraktionen gibt es auch in anderen Bezirken.

Die Mitteilungen aus Amerika besagen, daß im August 1926 in einzelnen Verbänden 184 kommunistische Fraktionen mit 2885 Mitgliedern bestanden. Im Oktober desselben Jahres gab es bereits 329 Fraktionen.

Nach dem Bericht des Genossen Hais, des Führers der roten Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, bestehen in 754 Ortsgruppen von den insgesamt 2200 Ortsgruppen in den roten Gewerkschaften kommunistische Fraktionen. Was die reformistischen tschechischen und deutschen Gewerkschaften anbetrifft, so ist die Arbeit zur fraktionellen Zusammenfassung der in ihnen organisierten Mitglieder der KP der Tschechoslowakei in vollem Gange.

In Deutschland gibt es bereits 14 kommunistische Reichsgewerkschaftsfraktionen (bis jetzt haben sie von sich nichts hören lassen und wir wissen nicht, aus wem und wie sie zusammengesetzt sind). Außerdem gibt es 72

Bezirksgewerkschaftsfraktionen (in einigen großen Verbänden arbeiten sie, wie aus den Berichten der Gewerkschaftsabteilung des ZK zu ersehen ist, nicht schlecht).

Im Metallarbeiterverband gibt es 300 lokale Fraktionen (insgesamt zählt der Verband 600 Lokalorganisationen. Auch in dem Bergarbeiterverband bestehen kommunistische Fraktionen, jedoch fehlen darüber nähere Angaben. Im Textilarbeiterverband gibt es 60 kommunistische Fraktionen, im Chemiarbeiterverband 87 Fraktionen usw.

Also, es bestehen bereits Gewerkschaftsfraktionen, wenn auch nicht überall. Wie steht es nun mit ihrer Tätigkeit?

Die Bezirksleitung Ruhrgebiet teilt in ihrem Bericht vom 6. Oktober 1926 mit, daß es im Ruhrgebiet 213 Gewerkschaftsfraktionen gibt, von denen 40 Prozent sehr schlecht, 40 Prozent nicht besonders und 20 Prozent sehr gut arbeiten. (Der Prozentsatz der nicht arbeitenden, bzw. schlecht arbeitenden kommunistischen Fraktionen ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Ländern höher als der Prozentsatz der nicht arbeitenden, bzw. schlecht arbeitenden Betriebszellen.) Wenn 20 Prozent der kommunistischen Fraktionen gut funktionieren, so beweist das, daß kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften möglich ist, man muß sie nur wirklich leisten.

Aber warum funktionieren die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften so schlecht?

U. E. besteht eine der Ursachen darin, daß die Fraktionen noch nicht alle kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder erfaßt haben und nicht alle Mitglieder der Fraktionen in den Fraktionsversammlungen erscheinen.

In der Westorganisation (Pennsylvanien) des Einheitsverbandes der amerikanischen Bergarbeiter gibt es 650 Kommunisten, den Fraktionen gehören aber nur 75 Kommunisten an.

In Berlin nahmen an allen Fraktionssitzungen im Januar 1927 von den 14 000 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern nur 1026 teil.

Die Fraktion der deutschen Metallarbeitergewerkschaft in Frankfurt umfaßt 209 Genossen. An den Versammlungen nehmen aber nicht mehr als 10 Prozent teil. Auf der letzten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Frankfurt waren von den 209 Kommunisten 4 anwesend.

In Itzehoe (Deutschland) bekam in der Generalversammlung, auf der der Vorstand gewählt wurde, der erste Bevollmächtigte, der Kandidat der Sozialdemokraten, 25 Stimmen, der kommunistische Gegenkandidat 12 Stimmen; bei der Wahl des zweiten Bevollmächtigten erhielt der Sozialdemokrat 18 Stimmen, der Kommunist 17; aber von den 20 gewerkschaftlich organisierten Kommunisten waren in dieser Versammlung nur 4 Genossen anwesend. Wenn also alle 20 Kommunisten zu der Versammlung erschienen wären, so würden die Posten des ersten und zweiten Bevollmächtigten von den Kommunisten besetzt sein. In den Hauptwerkstätten in Nippes (Mittelrhein) fiel die kommunistische Liste durch, weil 25 Parteimitglieder nicht in der Wahlversammlung erschienen waren. Ich könnte mich auf viele solche Tatsachen, und zwar nicht nur in bezug auf Deutschland allein berufen, ich glaube aber, daß die bereits angeführten Fälle genügen.

Die Ursache dieser Mängel ist darin zu suchen, daß die Parteioorganisationen nichts unternehmen, um den bestehenden Fraktionen ihre Bedeutung klar zu machen und ihnen zu zeigen, wie man praktische Arbeit leisten muß. Die Parteileitungen kontrollieren nicht systematisch die Arbeit der Fraktionen. Weiter unten werde ich mich mit der Verbindung zwischen den kommunistischen Fraktionen und den Gewerkschaftsabteilungen beschäftigen, die zu dem Zweck geschaffen wurden, die Arbeit der Fraktionen zu leiten und zu kontrollieren. Aus Chemnitz wird über gute Arbeit der kommunistischen Fraktionen berichtet. Hier möchte ich nur noch ein Beispiel anführen, das den Beweis bringt, daß man bei guter Arbeit positive Resultate erzielen kann. Im Chemnitzer Bekleidungsarbeiterverband wurde der Vorstand, der 1925 eine kommunistische Mehrheit hatte, bei den Neuwahlen nicht wiedergewählt. Die kommunistische Fraktion bestand zu der Zeit aus 18 Genossen; sie übernahmen zugleich die Funktionen der Gewerkschaftskassierer. Im Februar 1926 bestand der Vorstand des Chemnitzer Bekleidungsarbeiterverbandes in der Mehrheit wiederum aus Kommunisten. Was besagt dieser Fall? Die Kommunisten, die die Mehrheit in dem Vorstand hatten, waren untätig und verloren dadurch ihre Mehrheit. Als sie aber kleine Gewerkschaftsfunktionen übernahmen, eroberten sie von neuem ihre Positionen. Dieses Beispiel ist sehr bezeichnend. Es zeigt, wie notwendig die organisatorische Arbeit in den Gewerkschaften ist.

Wir sehen also, daß, wenn die Kommunisten bei ihrer Arbeit mit der Masse der Gewerkschaftsmitglieder in Fühlung kommen, diese Arbeit gute Erfolge zeitigt. Leider ist es oft der Fall, daß unsere Genossen, wenn sie auch richtige und den Interessen der Massen entsprechende Forderungen aufstellen, keine aktive Arbeit unter den Nichtorganisierten und den Gewerkschaftsmitgliedern zugunsten dieser Forderungen führen. Im Ruhrgebiet z. B. stellte die KP in ihrem Kampf gegen die Verlängerung der Siebenstundenschicht die unter den Bergarbeitern sehr populäre Losung auf: Ab 1. April 1927 wird nach sieben Stunden Arbeit ausgefahren! Die Bezirksorganisation der KPD des Ruhrgebiets leistete aber ungenügende Arbeit unter den Bergarbeitern und in den unteren Gewerkschaftsorganisationen, um durch entsprechende Beschlüsse den von den Reformisten geleiteten Bergarbeiterverband zu zwingen, für den Siebenstundentag einzutreten. Diese Arbeit wäre um so notwendiger gewesen, da am 20. März die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets stattfinden sollte. Wollte man die Siebenstundenschicht durchsetzen, so war eine sehr aktive Arbeit unter den Bergarbeitern zwecks Ausübung eines Druckes auf den Verband eine absolute Notwendigkeit, weil es klar war, daß im Falle der Nichtunterstützung der Forderung der Kommunisten durch den Verband, nur ein kleiner Teil der Bergarbeiter, die Mitglieder der KPD und Sympathisierenden, dem Aufruf der Kommunisten folgen werden, die Masse der Bergarbeiter es unter heutigen Verhältnissen nicht tun wird und die Parole der KPD, die Siebenstundenschicht, auf dem Papier bleiben wird. Geschieht aber diese rechtzeitige Mobilisierung der Masse, so können gute Resultate für die Arbeiter trotz Sabotage der Reformisten herausgeholt werden. Dies wurde oftmals bei Lohn- und Arbeitszeitbewegungen bestätigt.

Wie unerfahren die Kommunisten in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit

noch sind und wie wenig sie verstehen, die geschickten Manöver der sozialdemokratischen Funktionäre durch schnelles Erfassen der Situation und richtiges Vorgehen zu durchkreuzen, zeigen folgende zwei Beispiele:

Das erste Beispiel wird in dem Bericht eines Genossen aus der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD über die Funktionärkonferenz des Bergarbeiterverbandes im Kreis Hindenburg (Oberschlesien) angeführt. Unter den 360 Teilnehmern dieser Konferenz waren 16 bis 17 Kommunisten, nach den Angaben der örtlichen Parteiorganisation sollten aber nicht weniger als 65 Kommunisten anwesend sein. Und die Genossen, die an der Konferenz teilnahmen, brachten zugleich mit Resolutionen über sehr wichtige und für die Bergarbeiter verständliche Fragen, wie Lohnforderungen, Tarifsätze, Ueberstunden, Akkordarbeit und Arbeitslosigkeit, auch eine Mißtrauensresolution gegen den sozialdemokratischen Vorsitzenden der Ortsverwaltung des Verbandes ein. Die Kommunisten hatten vorher zu allen diesen Fragen ihre Redner bestimmt. Zu den Hauptfragen sollten fünf Genossen das Wort ergreifen. Anstatt nun die wichtigsten Fragen in den Vordergrund zu rücken, ließen sich unsere Genossen durch das Manöver des sozialdemokratischen Präsidiums einfangen; es lag ihm daran, vor der Behandlung der für die Bergarbeiter sehr wichtigen Fragen das Hauptgewicht auf die Mißtrauensresolution zu verlegen. Nicht genug damit, daß die Kommunisten dieses Manöver der Sozialdemokraten zuließen, sie schickten zu diesem Punkt nur einen Redner vor, über den dann die Sozialdemokraten auch mit aller Macht herfielen. Es gelang den Sozialdemokraten, sich von der Behandlung der Hauptfragen zu drücken und einer ernsten Kritik seitens der Kommunisten zu entgehen. Die Mißtrauensresolution konnte nicht überzeugend dargelegt werden und fiel durch. Nach dieser Niederlage verzichteten die Kommunisten sogar darauf, gegen die von den Sozialdemokraten zu den anderen Fragen eingebrachten Resolutionen zu stimmen, was von diesen letzteren für ihre Agitation gegen die KP weidlich ausgenutzt wurde.

Der andere Fall geschah auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes in Halle am 1. Januar 1927. Die an der Konferenz teilnehmenden Kommunisten gingen soweit, daß sie zusammen mit den Sozialdemokraten einstimmig die sozialdemokratische Resolution guthießen, die offen gegen die Kommunistische Partei gerichtet war und neben dem Dank an den von den Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhob, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen.

Kein Wunder, wenn solch eine Arbeit dazu führt, daß die Kommunisten in einigen Gewerkschaften an Einfluß verlieren. Rückschläge können dann nicht ausbleiben. Wie der „Vorwärts“ berichtet, wurde in sechs bedeutenden Städten Oberschlesiens bei den letzten Wahlen zu den Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes kein einziger Kommunist gewählt, obwohl 1924 der Metallarbeiterverband in diesen Städten vollkommen in der Hand der Kommunisten gewesen war. Von den drei Kommunisten, die seit dem letzten Jahr in den Verwaltungen geblieben waren, wurde kein einziger wiedergewählt. Auch bei den oberschlesischen Betriebsrätewahlen schnitten die

Kommunisten schlecht ab. Diese Mißerfolge können nur durch schlechte Arbeit der Partei in den Gewerkschaften erklärt werden.

Die Fehler, die die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen bei ihrer Arbeit begehen, sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie seitens der entsprechenden Parteileitungen in ihrer Arbeit nicht unterstützt und richtig geleitet werden.

(Fortsetzung folgt.)

V. DEMAR :

DIE RATIONALISIERUNG DER PRODUKTION UND DIE POLITISCHE ARBEIT IM BETRIEB

Die Erfahrung von 70 Betriebszellen der KPD

Das 7. Plenum des EKKI wandte der kapitalistischen Rationalisierung der Produktion oder, genauer gesagt, der sozialen Seite dieses Prozesses große Aufmerksamkeit zu. Das EKKI proklamierte den Kampf gegen die für die Arbeiterklasse schädlichen und gefährlichen Folgen der Rationalisierung. Diese allgemeine Einstellung zu dieser Frage setzt die Ausarbeitung einer Reihe konkreter Teilforderungen voraus, deren Verwirklichung die Erleichterung der Lage der Arbeiter und die Bewahrung ihrer Kampffähigkeit gegenüber dem Kapital fördern wird. Das Plenum des EKKI hat die Linien vorgezeichnet, und die Sektionen mußten die allgemeinen Losungen in Anpassung an Land, Industriezweig und gesonderten Betrieb konkretisieren. Zu diesem Zweck mußte vor allem festgestellt werden, was in den Betrieben vor sich geht.

Unter den europäischen Staaten vollzieht sich in Deutschland der allerintensivste Rationalisierungsprozeß. Die deutsche Kommunistische Partei hat als erste eine Umfrage an die Betriebe gerichtet und überaus interessantes Material gesammelt, das fraglos internationale Bedeutung besitzt. Gegen 200 Betriebe beantworteten die Enquete der Partei, und aus dieser ansehnlichen Gruppe haben wir siebenzig (70) Antworten gewählt, die die Verhältnisse in den an Größe und Produktionsart verschiedensten Betrieben charakterisieren. Die allergrößten Unternehmen (10 000 und mehr Arbeiter) haben keine Angaben gemacht, was sich in der Hauptsache daraus erklärt, daß aus der Mehrzahl der großen und größten Unternehmungen die Kommunisten schon während der Krise hinausgedrängt worden waren und auch mit Hilfe der „Rationalisierung“ weiter hinausgedrängt werden. Wir wählen für unseren Versuch, die für die modernen Unternehmungen charakteristischen Arbeitsbedingungen aufzuzeigen, als Studienobjekte die relativ großen und wichtigen Unternehmen, die in verschiedenen Industriezentren des Landes liegen.

Nach Produktionszweigen und Spezialfächern verteilen sich diese Unternehmen in folgender Weise:

	Zahl der Betriebe
Automobile und Autozubehör	10
Werften	3
Elektrizitätsanlagen	5
Diverser Maschinenbau und Waffenindustrie	11
Waggonbau	2
Eisenbahnwerkstätten	2
Holzbearbeitungsindustrie und dergl.	3
Eisen-Metallurgie	1
Zinkgießereien	1
Montanindustrie	10
Chemie und Papier-Industrie	10
Textilindustrie (einschl. Kunstseide)	5
Glas- (Spiegel-) Industrie	3
Steinkohlen-Bergbau	3
Eisenbahndienst	1

Nach der Zahl der Arbeiter sind in dieser Gruppe die verschiedensten Unternehmen mit 120 bis 7500 Arbeitern vertreten.

Viele dieser Unternehmen hatten vor der Rationalisierung eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern; der Abbau der menschlichen Arbeitskraft übersteigt in vielen Fällen 50 Prozent. Aus begrifflichen Gründen werden wir Name und Adresse der Betriebe nicht anführen können; es liegt auch kein Grund vor, den Spitzelbüros Material zu liefern, die auch schon ohnedies im Auftrage der Kapitalisten die kommunistischen Zellen und einzelne Kommunisten bespitzeln.

Die uns von den Arbeitern über die Rationalisierung selbst zugegangenen Mitteilungen kann man ihrem Inhalte nach ungefähr in folgendem zusammenfassen:

1. Verringerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter.
2. Entlassung der alten und qualifizierten Arbeiter; Einstellung unqualifizierter Arbeitskräfte, darunter Frauen und Jugendlicher.
3. Ueberaus bedeutender Abbau der Kategorie der sogenannten unproduktiven Arbeiter, die mit dem Transport innerhalb des Betriebes wie mit Hilfsarbeiten überhaupt beschäftigt sind; in einigen Unternehmen verschwindet diese Arbeiterkategorie fast vollkommen und wird durch mechanisierten Transport ersetzt.
4. Verlängerung des Arbeitstages; zugleich erhebliche Ueberstunden; in einer Reihe von Betrieben gibt es überhaupt keinen genau regulierten Arbeitstag.
5. Uebergang vom Taglohn zum Akkordlohn unter Bewahrung oder geringer Herabsetzung des nominellen Stundenlohnes.
6. Herabsetzung der Akkordsätze, die eine außerordentliche Steigerung der Arbeitsintensität zur Folge hat; in einigen Fällen ist der Intensitätsgrad höher, als die Unternehmer selbst angenommen hatten.
7. Bedeutende technische Veränderungen und Vervollkommnungen: neue Maschinen, Automatisierung, System des Fließbandes, Transport durch elektrische Kraft innerhalb des Betriebes, neue Instrumente und endlich Uebergang von der Kohle zu Oel und Benzin.
8. Gewaltige Anspannung der Arbeit, gesteigerte Oekonomie in der Ausgabe von Instrumenten und Materialien haben die Steigerung der Abnutzung zur Folge.

9. Allerstrengste Kontrolle über die Bewegung des Arbeiters in den Arbeitsstunden bis zum Verbot eines Passierens des Fabrikhofes ohne spezielle, mit der Produktion zusammenhängende Notwendigkeit.

10. Die durchschnittliche Steigerung der Produktivität (die Produktion) um 30 Prozent, in einzelnen Fällen sogar um 100 und mehr Prozent.

11. Bedeutende Vermehrung der Unfälle überhaupt und solcher mit tödlichem Ausgang im besonderen.

Man darf jedoch nicht etwa denken, daß die Steigerung der Arbeitsintensität in allen untersuchten Betrieben durch neue Ausrüstung und grundlegende Reorganisierung des Produktionsprozesses erreicht wird. Viele Betriebe (das prozentuale Verhältnis ist schwer festzustellen) werden durch Herabsetzung der Akkordsätze und durch eine gesteigerte Beobachtung des Arbeiters rationalisiert. Die Armee der Arbeitslosen hinter dem Fabriktor spornt die Arbeitsgenossen an der Werkbank genügend an; hier heißt es — an den Schraubstock oder auf das Pflaster.

II.

Die Parteizelle einer Glasfabrik erklärt: „Weder hat man Zeit zur Agitation noch Zeit, um Agitatoren anzuhören“ Dies ist für eine ganze Reihe von Unternehmen charakteristisch, und nicht nur für solche, die mit dem Fließband arbeiten.

Die Arbeit ist eine so angespannte und die Beobachtung der Arbeiter eine derart strenge, daß der Arbeiter lediglich ganz kurze Pausen hat, die er zum Essen und zu einer kleinen Erholung braucht. Nach der Arbeit sind die Menschen so ermüdet (besonders nach einem 9—10 stündigen Arbeitstag), daß es ihnen schwer fällt, sich an irgendeiner Sitzung zu beteiligen oder sich überhaupt mit etwas zu beschäftigen. Die Arbeiter sprechen während der Arbeitszeit untereinander fast kein Wort, besonders beim System des Fließbandes. Das fließende Band, das die Operationen der Arbeiter zu einem geschlossenen ununterbrochenen Prozeß zusammenfaßt, bringt gleichzeitig die Arbeiter als lebende Wesen, als Mitglieder eines einheitlichen Kollektivs auseinander. Das gleiche Ergebnis zeitigt die Herabsetzung der Lohnsätze, die den Arbeiter zur allergrößten Oekonomie in seinen Bewegungen zwingt und zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit für die zu leistende Arbeit anspannt.

Das sind die technischen Bedingungen, die den kommunistischen Arbeiter oder Gewerkschaftsfunktionär hindern, sich mit den Arbeitsgenossen zu verständigen.

In den modernen deutschen Betrieben werden aber auch andere Maßnahmen zum Zwecke der Einwirkung auf das soziale und politische Leben des Arbeiters angewandt. Die demokratischen Freiheiten der Republik erstrecken sich, wie es sich erweist, keineswegs auf das Territorium der vielen Hunderte von deutschen Fabriken und Werken. Wir haben Dutzende von Mitteilungen aus Werken, Gruben und Werften darüber, daß die kommunistischen Zellen gezwungen sind, in die Illegalität zu gehen, weil die Zugehörigkeit zu einer Zelle die Entlassung aus dem Betrieb nach sich zieht. So verlor z. B. die Zelle eines sehr bekannten Berliner elektrotechnischen Werkes auf diese Weise in ganz kurzer Zeit ein Drittel ihres Bestandes. In den großen vertrusteten Unternehmen werden die Kommunisten noch

viel grausamer verfolgt als in den mittleren und kleineren Betrieben. Die großen Betriebe bedienen sich zum Zwecke der Feststellung von Kommunisten ganzer Haufen von Spitzeln, die von privaten Detektiv-Instituten gestellt werden. In einem Berliner Pinkerton-Büro bestehen spezielle Abteilungen für Großbetriebe, und gegen ein bestimmtes Honorar erhält die Direktion die ihr notwendigen Nachrichten über die kommunistische Tätigkeit in ihrem Betriebe. Besondere Mühe verwenden die Spitzel auf die Ausfindigmachung der Betriebszeitungen, ihrer Redakteure und „Herausgeber“. Aus einem Bergbau-Unternehmen teilt man z. B. mit, daß die Administration selbst nicht vor einer Leibesvisitation der Arbeiter haltmacht. Eine andere Methode des Entgegenwirkens besteht in den sogenannten weißen Zellen, die gemeinsam von der Werksverwaltung und faschistischen Organisationen geschaffen wurden und zum Teil aus Mitgliedern und Anhängern des „Stahlhelm“ und des „Hakenkreuz“, zum Teil aber aus terrorisierten Arbeitern bestehen, die man unter Androhung der Entlassung in diese Zellen preßt. Endlich ist auch eine der „Verführungsmethoden“ die Schaffung der Werksportvereine durch die Unternehmer, die den Arbeiter mit allem Notwendigen für den Sport versehen, Ausflüge veransalten usw. Diese Vereine werden von monarchistischen Offizieren geleitet. Das sind die Erscheinungen, die die kapitalistische Rationalisierung der Produktion begleiten, das sind die Bedingungen, die nicht nur der Parteiarbeit der Kommunisten, sondern auch der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben Hindernisse in den Weg legen.

III.

Die Kommunistische Partei hat es noch nicht gelernt, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, neue Hindernisse zu überwinden. In einer ganzen Reihe von Betrieben hat die Arbeit der Zellen nachgelassen, in etlichen Betrieben fehlen trotz Vorhandensein von Kommunisten sogar die Zellen (d. i. allerdings ein Ausnahmefall). Im nachfolgenden lassen wir einige Zellen sprechen:

„In der Zelle ist wenig politisches Leben zu spüren. Man ist vom Tageskampfe im Betriebe losgelöst“ — schreiben die Genossen aus einer großen Schiffswerft; „die Mehrzahl der Zellenmitglieder ist nicht aktiv“ (Waggonbaufabriken).

„In unserer Betriebszelle sind 52 Mitglieder, von denen 30 im Betrieb tätig sind, 22 arbeitslos, aber in der Zelle verblieben sind; die Arbeitslosen sind passiv . . . Die ganze Arbeit lastet auf den wenigen Parteifunktionären . . .“ (eine große metallurgische Fabrik Z.)

Wir könnten noch sehr viele solcher Mitteilungen bringen. Ein aufmerksames Studium derselben legt die Schlußfolgerung nahe, daß wir es in einer ganzen Reihe von Fällen nicht so sehr mit den besonderen Schwierigkeiten der neuen Betriebsbedingungen zu tun haben, wie mit den alten Schwächen unserer Parteiarbeit.

Weder die Rationalisierung noch die Pinkerton-Spitzel haben unsere Arbeit gestört, wohl aber standen unsere Zellen, ohne organisatorisch gefestigt zu sein und ohne genügende Erfahrung in der politischen Tagesarbeit des Betriebes gesammelt zu haben, vor neuen Schwierigkeiten. Einige Genossen (wenn auch nicht viele) ziehen den eiligen und schädlichen Schluß, daß die Arbeit der Betriebszellen unter den neu gewordenen Bedingungen unmöglich sei. Einige sagen das gerade heraus, andere schlagen vor, ohne

gegen die Betriebszellen etwas einzuwenden, alle Funktionen der Zelle den jeweiligen Organisationen zu übertragen. Wir müssen jedoch betonen, daß von solcher Stimmung nur sehr wenige erfaßt sind, und daß die Mehrzahl der Zellen und der einzelnen in Betrieben beschäftigten Kommunisten sich der Notwendigkeit einer restlosen Ueberwindung ihrer eigenen Schwäche und der durch die Kapitalisten geschaffenen Hindernisse bewußt sind.

Eine ganze Reihe von Zellen geben Auskunft, wie sie unter den neuen Bedingungen arbeiten lernen. Solchen Zellen gelingt es nicht nur, ihren Funktionen als Parteikollektiv nachzukommen, sondern auch, Werbearbeit unter den sie umgebenden Arbeitern zu leisten. Sie unterhalten die Verbindung mit den Sympathisierenden, erreichen gute Resultate bei Wahlen für die Betriebsräte und versuchen, mit ihren Mitgliedern möglichst viele untere Gewerkschaftsposten zu besetzen. Wir haben Beispiele von erfolgreicher Arbeit der kommunistischen Zellen selbst in solchen Betrieben, deren Arbeiter zu 80—90 Prozent mit den christlichen Verbänden und der Zentrumspartei verknüpft sind. Darüber hinaus lähmen die aktiv tätigen kommunistischen Zellen die Tätigkeit der „weißen Zellen“, indem sie die faschistischen Leiter der letzteren von dem im Wege der Einschüchterung für diese „weißen Zellen“ angeworbenen Arbeitern isolieren. In den Betrieben, wo der Betriebsrat sich unter dem Einfluß der Kommunisten befindet und die Zelle gut arbeitet, haben die Pinkertonhelden nichts zu lachen, denn wenn sie entdeckt werden, dann fliegen sie nach Verabreichung von tüchtigen Prügeln aus dem Betriebe hinaus. (Eine Erfahrung aus einem großen Werk der AEG.)

Die aktiven Zellen passen ihre Agitation den jeweiligen Arbeitsbedingungen an. Wenn der Arbeiter keine Zeit hat, lange Ausführungen zu lesen, so gibt man ihm kleine Flugblätter oder entsprechend zusammengestellte (übereaus gedrängt gehaltene) Betriebszeitungen. Wenn man sich von der Werkbank oder vom Fließband für keinen Augenblick entfernen kann, so beginnt das Fließband selbst zu agitieren, das ja mit dem Transport der Kurbellager auch den Transport von Flugblättern, Betriebszeitungen und jeglichem anderen Material besorgt.

IV.

Indem sie gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung agitieren, und zwar durchaus konkret agitieren, machen die Kommunisten den Arbeiter von der Werkbank dazu fähig, die Notwendigkeit eines unversöhnlichen Klassenkampfes zum Sturze des Kapitalismus zu erkennen. Die Kommintern hat sich schon lange für die Notwendigkeit einer vernünftigen, konkreten Propaganda ausgesprochen. Um konkret zu agitieren, muß man viel wissen, und außerdem muß man politisches Wissen mit Kenntnissen seines Betriebes und seines Industriezweiges verbinden. Unter den neuen Bedingungen aber, wo „keine Zeit zum Agitieren, keine Zeit zum Anhören eines Agitators vorhanden ist“, muß man nicht nur konkret, sondern auch sehr gedrängt agitieren lernen.

An dieser Stelle müssen wir eine ganze Reihe (Dutzende) von Hinweisen der Betriebszellen auf zwei Tatsachen anführen:

1. Die Kommunisten sind in den Gewerkschaften noch nicht genügend aktiv, zuweilen nicht einmal Mitglieder der Gewerkschaft;

2. die Kommunisten zeigen oft eine Unkenntnis der notwendigsten Dinge, wie des Tarifvertrages eines bestimmten Industriezweiges oder der Betriebsgesetzgebung.

Das sind unsere alten Mängel, die nicht nur der deutschen Partei eigen sind. Unter den neuen Bedingungen, wo der Arbeiter nicht einmal Zeit hat, irgendein Referat zu lesen oder anzuhören, bildet er sich eine Meinung über seinen kommunistischen Nachbar oder ein kommunistisches Betriebsratsmitglied nach einigen ohne genügende Beantwortung gebliebenen Fragen. Wir betonen, daß Dutzende von Zellen den Einfluß der Sozialdemokraten in den Betrieben daraus erklären, daß die unteren sozialdemokratischen Funktionäre (in den die Arbeiter lebhaft interessierenden Fragen) erfahren und gut beschlagen sind. Die deutsche kommunistische Partei hat offenbar diesem Umstande schon Rechnung getragen und gibt zur Unterstützung ihrer unteren Funktionäre spezielle Nachschlagebüchlein für Gewerkschafts- und andere Fragen heraus. Die Sozialdemokraten haben natürlich im Laufe vieler Jahrzehnte ihren „Unteroffiziersbestand“ trainiert, während die kommunistische Partei bedeutend weniger Zeit zur Festigung ihrer unteren Zellen zur Verfügung hat. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie fast kritiklos die kapitalistische Rationalisierung hinnimmt und keine Abwehr des „neuen Regimes“ in den Betrieben organisiert. Auch die reformistischen Gewerkschaften sind bekanntlich passiv und versuchen nicht, ihre Arbeit den neuen Bedingungen anzupassen, versuchen nicht, sich dem terroristischen Regime in den Betrieben zu widersetzen. Die Arbeiter leiden darunter. Die Arbeitermassen leiden unter der gesamten sozialdemokratischen Politik, und doch vermögen es die Sozialdemokraten, sich ihre Positionen in den Betrieben zu erhalten. Gewiß, die Sozialdemokraten verfolgt niemand, und sie fliegen auch nicht wegen der Zugehörigkeit zu ihrer Partei aus dem Betriebe heraus. Eher umgekehrt. In einigen Unternehmen gibt es sogar sozialdemokratische Arbeiter, für die die Verwaltung Meisterstellen und andere Posten in Bereitschaft hält (AEG). Die Werkverwaltung unterstützt die Sozialdemokraten. Durch diese Tatsache allein ist aber nicht alles zu erklären. Die kommunistischen Zellen teilen (aus einer ganzen Reihe von Betrieben) mit, daß die Sozialdemokraten in den Betrieben gerne rednerisch auftreten, wie sie überhaupt nicht abgeneigt sind, Reden zu halten. Die Sozialdemokraten vermeiden aber auf jedwede Weise die Berührung der „hohen Politik“, d. h. überhaupt politische Fragen, in denen sie sehr bald an die Wand zu drücken wären. Wie würde beispielsweise ein sozialdemokratischer Funktionär es erklären, daß die sozialdemokratischen Führer die Auszahlung von 125 Millionen Mark an Wilhelm unterstützt haben. Die unteren sozialdemokratischen Funktionäre bewahren den Kontakt mit den Arbeitern auf Grund praktischer Fragen. Sie behalten den „Zutritt“ zur Arbeitermasse. Je weniger Zeit der Arbeiter hat, um so leichter ist es dem sozialdemokratischen unteren Funktionär, der Sozialdemokrat bleibt, seinen Einfluß auf die Arbeiter zu bewahren. Unsere Zellen lernen nun, mit den Sozialdemokraten auf dem Gebiete des praktischen Wissens in Gewerkschaftsdingen zu konkurrieren, um „Zutritt“ zur Arbeitermasse zu erhalten, um den Kontakt herzustellen, um zugleich mit einem guten praktischen Rat dem Arbeiter eine gute Idee zu vermitteln. All das ist bekannt, wird aber, wie es sich erweist, etwas „Neues“, wenn wir ver-

suchen, uns in den Wechselbeziehungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten im modernen Betriebe zurecht zu finden. Die Sozialdemokraten lenken die Arbeiter von der Klassenpolitik ab. Dies wird durch die Aussage von Dutzenden kommunistischer Zellen festgestellt. Die sozialdemokratischen Arbeiter können aber für die kommunistische Politik gewonnen werden. Viele mit der KP sympathisierende sozialdemokratische Arbeiter bleiben auf Grund der Tradition oder irgendwelcher anderer Rücksichten in der sozialdemokratischen Partei. Diese Arbeiter hören gerne eine scharfe politische Kritik ihrer Führer, wenn aber die Sozialdemokraten in der „Roten Fahne“ mit irgendeinem „unanständigen“ Wort bedacht werden, so faßt das derselbe oppositionelle sozialdemokratische Arbeiter als persönliche Beleidigung auf. Einige Betriebszellen empfehlen deshalb der Parteipresse, sich der Schimpfworte zu enthalten, was sie unbeschadet einer scharfen sachlichen Kritik der Sozialdemokratie für möglich halten. Es handelt sich natürlich nicht darum, auf eine gebührende Kennzeichnung der sozialdemokratischen Führer zu verzichten, sondern darum, daß diese Kennzeichnung sich nicht in eine durchgängige unmotiviert Schimpferei verwandle, sondern in dem wirklich hervortretenden verräterischen Charakter ihrer Tätigkeit begründet sei.

Schwer ist die Arbeit der kommunistischen Zellen, doch können und werden sie die Arbeit leisten. Und wenn es aus der Tiefe der Illegalität im Betriebe wäre, aber die Zelle sucht den Zutritt zur breiten Masse und findet den Weg zu ihr. Unter den Bedingungen der Rationalisierung wird das Betriebs- und Parteikollektiv besonders notwendig. Das Betriebsregime ist bestrebt, alles soziale Leben im Betriebe zu lähmen. Während der Arbeit sind alle in höchster Anspannung. Nach der Arbeit sind alle ermüdet. Die Folge ist, daß man in einer Werkabteilung nicht weiß, was in der anderen geschieht; in der einen Abteilung wird die gleiche Arbeit geringer bezahlt als in der anderen, und die Arbeiter wissen nichts davon. (So z. B. in der Maschinenfabrik V. mit einer Belegschaft von 2500 Arbeitern.) Hier erwächst der Zelle eine große Aufgabe. Mit allen Methoden (besonders mit Hilfe der Betriebszeitung) kämpft sie gegen die Trennung der Arbeiter. Sie wirkt belebend auf den Betriebsrat und anregend auf die Gewerkschaftsfunktionäre. Sie verrichtet eine einfache Arbeit. Das aber gerade ist es, was für die Herstellung eines Kontaktes mit den breiten Massen erforderlich ist. Die deutsche Kommunistische Partei hat gut daran getan, die Zellen zu befragen. Diese Erfahrung ist für die gesamte Internationale von Bedeutung. Die Aufgabe wird aber erst dann als gelöst betrachtet werden können, wenn die Zentralorgane der Partei alle Schlüsse aus der erfolgten Enquete ziehen werden. Wie primitiv auch viele Hinweise aus den Betrieben sein mögen, so verdienen sie doch, beachtet zu werden. Die Betriebszellen führen Klage über die Schwäche der Partei in den Gewerkschaften. Die Zentralorgane der Partei wissen es. Die Zellen wissen es. Alle sprechen davon. Wenn wir aber unsere Schwächen kennen, uns von ihnen durch eine Untersuchung des Parteifundaments überzeugt haben, so müssen wir sie auch beseitigen.

SPEKTATOR:
DIE GRUNDZÜGE DER WELTWIRTSCHAFT
IM ERSTEN QUARTAL DES JAHRES 1927

Wenn diese Zeilen erscheinen, wird der erste Punkt der Tagesordnung der Genfer Wirtschaftskonferenz vermutlich schon erledigt sein. Nichtsdestoweniger verlohnt es sich, sich mit der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft in den verflossenen Monaten zu beschäftigen, da diese die Stimmung der Vertreter der bürgerlichen Staaten auf dieser Konferenz fraglos bestimmen wird. Wenn man die zahlreichen Publikationen des Völkerbundes, die der Erläuterung der auf dieser Konferenz zur Beratung stehenden Fragen gewidmet sind, durchblättert, so wird es klar, daß das Grundproblem der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung die Frage der Märkte ist. Diese Frage zerfällt in die Frage des Außenmarktes und die des Innenmarktes. Aus der jüngst erschienenen neuen Publikation des Völkerbundes über die Baumwollindustrie der Welt ersehen wir, mit welcher Schärfe gerade das Problem der Märkte sich jetzt präsentiert. Wenn man die in dieser Publikation angeführten Daten den Daten des Internationalen Verbandes der Baumwollfabrikanten gegenüberstellt, so zeigt sich eine unvollständige Ausnutzung des Produktionsapparates in der Textilindustrie, eine Erscheinung, die wir auch schon in der Eisenindustrie an Hand früherer Publikationen des Völkerbundes feststellen konnten. So betrug im Jahre 1926 die Gesamtzahl der Spindeln in der ganzen Welt 163,7 Millionen, was einer Zunahme um 14,1 Prozent im Vergleiche mit 1913 gleichkommt. Der Gesamtverbrauch an Baumwolle aber hat eine Steigerung bis auf 24,7 Millionen Ballen oder um 7,3 Prozent erfahren, d. i. eine geringere Zunahme als die der Zahl der Spindeln. Wenn wir die Entwicklung der einzelnen Länder betrachten, so tritt die Lage, in die die englische Baumwollindustrie geraten ist, mit besonderer Schärfe hervor.

Länder	Zunahme resp. Verminderung der Spindeln	Zunahme resp. Verminderung des Baumwollverbrauchs
	(in prozentualem Verhältnis zum Jahre 1913)	
England	+ 2,9	— 29,3
Vereinigte Staaten	+ 19,3	+ 10,5
Deutschland	— 6,4	— 33,6
Frankreich	+ 28,5	+ 16,7
Italien	+ 5,0	+ 31,4
Indien	+ 40,0	— 5,2
Japan	+ 142,3	+ 77,3
China	+ 241,0	—

Wir sehen demnach, daß in England, wo sich die Zahl der Spindeln ein wenig vermehrt hat, der Baumwollverbrauch um ein beträchtliches zurückgegangen ist. Das gleiche ist auch in bezug auf Deutschland zu konstatieren, wo die Verringerung der Zahl der Spindeln eine relativ unbedeutende ist und hauptsächlich durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens hervorgerufen wurde, während die Menge der verbrauchten Baumwolle in überaus bedeutendem Maße zurückgegangen ist. In Frankreich, dem jetzt die Baumwoll-

industrie Elsaß-Lothringens angegliedert ist, war die Zunahme der Zahl der Spindeln bedeutend größer als die Zunahme des Baumwollverbrauchs. Die umgekehrte Erscheinung sehen wir in den transozeanischen Ländern — mit Ausnahme Indiens, Chinas und Japans, wo der Baumwollverbrauch ein überaus bedeutender war, wenn er auch in Japan und China nicht der Zunahme der Zahl der Spindeln entsprach. Mit anderen Worten, fast nirgends konnte der erweiterte Apparat völlig ausgenutzt werden. Noch charakteristischer ist die Entwicklung des Handels mit Baumwollerzeugnissen. Der Export von Baumwollstoffen aus England ist wesentlich zurückgegangen, der Export von Baumwollgarn hat sich fast um ein Viertel verringert, in Deutschland sogar um 55 Prozent, was mit der Loslösung Elsaß-Lothringens im Zusammenhang steht. Eine Zunahme des Exports von Garn ist in Italien, Frankreich und Belgien zu konstatieren. Der Export von Baumwollerzeugnissen aus England ist um 31 Prozent zurückgegangen, während dieser Export in Japan um das achtfache zugenommen hat, so daß Japan, dessen Export vor dem Kriege den vierundfünfzigsten Teil des englischen Exportes ausgemacht hat, im letzten Jahre schon ein Viertel des englischen Exportes erreicht hat. Ebenso hat sich der Export der Vereinigten Staaten um 27 Prozent und der Italiens um 36 Prozent, der Indiens sogar um 47 Prozent gesteigert. Wir sehen also auch auf diesem Gebiete eine bedeutende Verschlechterung der Lage einer Reihe europäischer Staaten, speziell Englands, das bekanntlich vor dem Kriege auf dem Textilmarkt die Vorherrschaft besaß.

Wenn man sich unter diesem Gesichtspunkt fragt, was das vergangene Jahr und das erste Quartal des Jahres 1927 ergeben hat, so muß vor allem konstatiert werden, daß eine Besserung im Handel Europas nicht eingetreten ist. Für das Jahr 1926 sind Angaben für 23 Länder vorhanden, darunter für 16 europäische und 7 außereuropäische Länder. Der gesamte Handelsumsatz dieser Länder hat sich gegenüber 1925 verringert. Wenn man jedoch die gleichzeitige Preisveränderung in Betracht zieht, so erweist es sich, daß der gesamte Warenumsatz seinem Umfange nach keine Verringerung zeigt. Dies erklärt sich jedoch daraus, daß der Warenumsatz der außereuropäischen Länder sich gegenüber dem Vorjahre um fast 5 Prozent gehoben hat, während der Warenumsatz der europäischen Länder um 3 Prozent zurückgegangen ist. Die Gründe für diesen Rückgang des Warenumsatzes liegen teilweise in der verschlechterten Lage der europäischen Länder, deren Folge der Rückgang ihrer Einfuhr um 4 Prozent, der der Ausfuhr dagegen nur um 1,3 Prozent war. Was den Handel des 1. Quartals dieses Jahres betrifft, so ist auf Grund der Angaben für einige Staaten festzustellen, daß er auch in dieser Zeit keine besondere Steigerung erfahren hat. Der Handel Englands, der jetzt im Warenumsatz der Welt den zweiten Platz nach den Vereinigten Staaten einnimmt, zeigt selbst gegenüber dem Jahre 1926 einen bedeutenden Rückgang, ganz zu schweigen von dem noch höheren Stand des Jahres 1925. In den ersten drei Monaten hat sich die Einfuhr Englands gegenüber dem vorigen Jahre unbedeutend verringert — von 321,5 auf 320 Millionen Pfund (im Jahre 1925 betrug die Einfuhr für das gleiche Quartal 352 Millionen). Die Ausfuhr ging jedoch in diesem Zeitabschnitt von 248,6 Mill. Pfund im Jahre 1925 auf 226,6 Millionen im Jahre 1926 und auf 201,9 Millionen im Jahre 1927 zurück. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1925 den bedeutenden

Rückgang um 47 Millionen Pfund. In der Hauptsache hat sich der Export folgender Waren verringert: während der Export an Kohle nicht nur den vorjährigen Stand, sondern auch den des Jahres 1925 übersteigt, ist der Export an Eisenprodukten bedeutend niedriger als der des Jahres 1926, jedoch höher als der des Jahres 1925; die Ausfuhr von Maschinen ist geringer als die des Jahres 1926, ebenso wie die Ausfuhr des Jahres 1925. Der Export von Baumwollgarn zeigt eine Zunahme gegenüber den letzten Jahren, während sich der Export von fertigen Baumwollerzeugnissen gegenüber den letzten Jahren stark verringert hat. Die gleiche Verringerung zeigt der Export von Wollerzeugnissen; der Export von Leinenfabrikaten steht über dem Stande des Vorjahres, jedoch unter dem Stande des Jahres 1925. Im Gegensatz zu England zeigt der Export Frankreichs einige Zunahme gegenüber dem vorigen Jahre, sowohl dem Gewichte wie dem Werte nach, und dies trotz der Stabilisierung des französischen Franken. Andererseits hat sich die Einfuhr Frankreichs in noch höherem Maße gesteigert, wenigstens dem Gewichte nach, während sie sich dem Werte nach ein wenig verringert hat. Insbesondere ist der Export von Rohstoffen aus Frankreich gestiegen, während der Export von Fertigfabrikaten wohl einige Zunahme zeigt, jedoch keine besonders große — von 1,11 auf 1,29 Millionen Tonnen. Der Export aus Italien hat im Januar dieses Jahres noch den Export des Jahres 1926 überstiegen, ist aber im Februar und März gegenüber dem Vorjahre ein wenig zurückgegangen, so daß das Gesamtergebnis des Exportes für die ersten drei Monate um 77,7 Millionen Lire geringer ist, gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Der Export aus den Vereinigten Staaten hält sich noch immer auf gleichhoher Stufe. Der Export aus Deutschland ist wesentlich niedriger als der vorjährige Export. Der Export Deutschlands im Jahre 1926 betrug durchschnittlich im Monat 818,0 Millionen, im Januar/März 1926 aber 833,0 Millionen; der Export für Januar 1927 war 799 Millionen, für Februar und für März 1927 842 Millionen. Insbesondere ist der Export von Fertigfabrikaten im Monatsdurchschnitt von 632 auf 568 Millionen Mark zurückgegangen. Diese drei Monate weisen demnach einen wesentlich geringeren Export auf als im vorigen Jahr, was fraglos dafür spricht, daß der europäische Markt sich nicht entwickelt und daß das Märkteproblem, dem der Kapitalismus der Nachkriegszeit gegenübersteht, sich in der letzten Zeit keiner Lösung genähert hat, wenigstens soweit es sich um den Außenmarkt handelt.

Nichtsdestoweniger kann die Erscheinung nicht gelegnet werden, daß in der Gesamtentwicklung der Wirtschaft der kapitalistischen Länder in den letzten Monaten eine gewisse Belebung zu verspüren ist. Eine solche Belebung zeigt sich in England, in Deutschland, zum Teile in einigen anderen europäischen Ländern. In England steht diese Belebung fraglos mit dem vorjährigen Streik im Zusammenhang, der auf dem Innenmarkte zu einen großen Mangel an verschiedenen Waren führte, der jetzt aufgefüllt wird, nachdem die Kohlenindustrie ihre Arbeit in normalem Umfange wieder aufgenommen hat. Eine besonders starke Belebung ist in der Eisenindustrie zu konstatieren, wo Ende März 178 Hochöfen gegenüber 151 Hochöfen Ende März 1926 in Betrieb waren, auch die Produktion von Gußeisen und Stahl weist Rekordziffern auf: sie übersteigt bezüglich des Stahles sogar den Vorkriegsstand. Einige Belebung ist auch im Maschinenbau, ebenso wie in der

Schiffbauindustrie zu konstatieren. In der Kohlenindustrie beginnt sich jedoch schon eine gewisse erneute Stöckung bemerkbar zu machen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß das Resultat des Streiks eine Einschränkung der Ausgaben durch Abbau des Arbeitslohnes und durch Verlängerung des Arbeitstages war; im ganzen jedoch wurde damit nur ein Ersatz für die früher durch den Staat gezahlten verschiedenen Subsidien erreicht. Und trotzdem nun der Export von Kohle zunimmt, ist seit Ende Februar ein gewisses Nachlassen der Förderung zu beobachten. Eine Zeitlang überstieg die Kohlenförderung schon das Vorkriegsniveau, wie auch das vor dem Streik erreichte Niveau; nunmehr ist sie aufs neue zurückgegangen, und Anfang April betrug die wöchentliche Kohlenförderung 5,116 Millionen Tonnen, während sie vor dem Streik im Durchschnitt 5,117, und im Jahre 1913 im Durchschnitt 5,5 Millionen Tonnen betrug. Zum Teil kann dies mit der beginnenden Sommerperiode zusammenhängen, die die Nachfrage nach Kohle verringert. In der Hauptsache aber ist dies durch die Schwierigkeit des Exports bedingt. Man kann fast mit Sicherheit von einer nahenden neuen Kohlenkrise sprechen, wie sie in hohem Maße schon in Polen herrscht, wo die Kohlenvorräte ungeheure Dimensionen angenommen haben. Dies macht sich auch in Deutschland fühlbar, wo seit der zweiten Januarwoche die Kohlenförderung immer mehr zurückgeht, während die Vorräte stets wachsen. Ebenso war in Belgien die Märzförderung an Kohle bedeutend niedriger als in den letzten Monaten. Während man in Deutschland schon zu den sogenannten Feierschichten übergeht, findet in Belgien ein Abbau der beschäftigten Arbeiter statt. Charakteristisch ist es auch, daß in Belgien die Kohlenvorräte sich stark gehäuft haben; sie überstiegen Ende März 1,1 Millionen Tonnen bei einer monatlichen Gesamtförderung von 2,5 Millionen Tonnen.

Die Eisenindustrie in Europa erfährt eine weitere Steigerung. In Deutschland zeigt die Eisenindustrie kolossal hohe Ziffern. Die Stahlherzeugung in Deutschland beträgt im März 1 415 000 Tonnen gegen 949 000 im März vorigen Jahres. Eine so bedeutende Steigerung der Erzeugung einerseits und die Besserung in der Maschinenbauindustrie andererseits zeugen davon, daß sich auf dem Innenmarkte eine bedeutende Nachfrage nach Produktionsmitteln bemerkbar macht. Dies erklärt sich einmal durch die begonnene Bausaison, die in diesem Jahre offenbar dank dem gesunkenen Zinsfuß und dem früheren Zufluß von Kapitalien aus dem Auslande bedeutenden Umfang annehmen wird. Die Erleichterung auf dem Geldmarkt erklärt sich aber in der Hauptsache, wenn nicht ausschließlich, durch jene gewaltigen „Ersparnisse“, die Deutschland auf Kosten des Arbeitslohnes im vorigen Jahre machen konnte. Das deutsche Konjunktur-Institut hat konstatiert, daß „die Ersparnisse“ an Arbeitslohn im vorigen Jahre zumindest 4 Milliarden Mark gegenüber 1 Milliarde des Jahres 1925 betragen haben. Wenn man in Betracht zieht, daß der Stand der Produktion Deutschlands im Jahre 1926 um ein wenig niedriger war als der Stand von 1925, so bedeutet das, daß das deutsche Kapital im Laufe eines Jahres infolge Verlängerung des Arbeitstages und Verringerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter es verstanden hat, weitere 3 Milliarden Mark zu „verdienen“, d. i. fast die gleiche Summe, die Deutschland nach der Berechnung desselben Instituts in den ganzen letzten Jahren in Form von Auslandsanleihen erhalten hat. Dieser Umstand hat natürlich zu einer wesentlichen Erleichterung auf dem

Geldmarkt und zu einer Belebung der Industrie einerseits sowie zur Hebung der Bautätigkeit andererseits geführt. Trotz der verschlechterten Lage der Arbeiterklasse erwies sich also die Industrie in der Lage, den Innenmarkt zu erweitern. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Erweiterung des Innenmarktes auf Kosten des Stammkapitals ohne gleichzeitige Erweiterung des variablen Kapitals, d. i. ohne Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, nicht von langer Dauer sein kann, wenn nicht gleichzeitig eine bedeutende Hebung des Exportes eintreten wird. Der Export Deutschlands zeigt aber, wie von uns schon erwähnt, keine besondere Steigerung. Beginnend mit der Mitte des vorigen Jahres, erhält er sich die ganze Zeit über auf gleicher Höhe. Es muß deshalb angenommen werden, daß die gegenwärtig zu beobachtende industrielle Belebung nicht von langer Dauer sein kann.

In Frankreich, Italien und Belgien, die im Zusammenhang mit der Stabilisierung ihrer Valuta in den letzten Monaten eine Krise durchgemacht haben, ist eine gewisse Besserung der Konjunktur zu bemerken, die vermutlich noch als Reflex des Streiks in England anzusprechen, in der Hauptsache aber durch die neuen Kredite bedingt ist, die nach Belgien und Italien und auch nach Frankreich aus dem Ausland hereingekommen sind. Italien hat bekanntlich in der letzten Zeit gegen 150 Millionen Goldlire an ausländischen Krediten erhalten, was in diesem Lande zu einer gewissen industriellen Belebung führen mußte. In den Vereinigten Staaten zeigen die letzten Monate des Jahres 1926 und die ersten Monate des Jahres 1927 einen Niedergang der allgemeinen Konjunkturkurve. Im März bemerken wir aufs neue eine gewisse Steigerung der Produktion, doch bleibt diese hinter der des März vergangenen Jahres zurück; so betrug beispielsweise die Produktion von Stahl 4,3 Millionen Tonnen gegen 4,56 Millionen Tonnen im März 1926. Aber auch die Besserung gegenüber dem Januar und Februar 1927 kann kaum als stabil angesehen werden, da eine Reihe von Momenten auf die sich vermindernde Nachfrage des Innenmarktes hinweisen. Dank dem Umstande, daß es in der Lage ist, fremden Staaten Kredite zu geben, forciert Amerika seinen Export, doch spielt der Export für Amerika noch keine besonders große Rolle, während infolge der verschlechterten Lage der Farmer (der Wert des Farmer-Dollars ist auf 82 Prozent gegenüber 87 Prozent im Februar vorigen Jahres zurückgegangen) und auch infolge der verschlechterten Lage auf dem Baumarkt und in der Automobilindustrie die Nachfrage auf dem Innenmarkt bedeutend nachlassen dürfte. Es darf deshalb nicht wundernehmen, daß Amerika an der gegenwärtigen Konkurrenz teilnimmt, denn auch für dieses Land wird die Frage des europäischen Marktes immer akuter.

Ein besonders bedrohliches Vorzeichen für das weitere Schicksal der Weltwirtschaft ist die in Japan ausgebrochene finanzielle Krise. Sie begann mit dem Bankrott des großen Konzerns Suzuki. Dieser Konzern, der ähnlich dem Stinnes-Konzern während der Kriegszeit reich geworden war und in seinen Händen eine ungeheure Zahl der verschiedenartigsten Unternehmungen konzentriert hatte, war vor einiger Zeit infolge einer mißglückten Zuckerspekulation in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Von der Bank von Formosa wurde ihm ein großer Kredit von 200 bis 300 Millionen Yen eingeräumt; und als der Konzern diesen Kredit nicht zu liquidieren vermochte, geriet auch diese Bank in Schwierigkeiten. Das gleiche Schicksal ereilte auch eine große Zahl anderer Banken. Die Verbindlichkeiten des Konzerns

werden auf nahezu eine Milliarde Mark geschätzt. Anfänglich beabsichtigte die japanische Regierung, den Konzern zu stützen, doch gab sie infolge des Widerstandes des Parlaments dieses Vorhaben auf. Zur Zeit beschränkt sich die japanische Krise zunächst nur auf eine Finanzkrise und betrifft nur die Banken. Der Staat sah sich gezwungen, ein Moratorium zu erlassen und bestimmte Auszahlungen der Banken an die Depotbesitzer festzusetzen. Die ausländischen Banken beabsichtigen offenbar, den Japanern zu Hilfe zu kommen. Inwieweit es gelingen wird, eine industrielle Krise abzuwenden, ist schwer zu sagen. Sollte es in Japan zu einer industriellen Krise kommen, so dürfte sich dies bei den bedeutenden Beziehungen Japans zur ganzen Welt fraglos auf den gesamten Weltmarkt auswirken.

Die allgemeine Schlußfolgerung, zu der man auf Grund der Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Monaten gelangen kann, läuft darauf hinaus, daß die europäische Industrie dank einer Reihe von Maßnahmen ihre Lage auf dem Weltmarkt fraglos gebessert hat, daß aber die Maßnahmen organisatorischen und technischen Charakters die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes dennoch nicht erweitert haben, daß diese, umgekehrt, infolge der mit der gesunkenen Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte in Zusammenhang stehenden verschlechterten Lage der Landwirtschaft der ganzen Welt wie auch infolge der gesunkenen Kaufkraft der Massen der europäischen Bevölkerung eher zusammengeschrumpft ist als sich erweitert hat. Das Problem, dem Europa bisher gegenübergestanden hat, bleibt deshalb auch jetzt noch ungelöst — ungeachtet der „Rationalisierung“ und der Kredite, die Europa von Amerika im Laufe der letzten Zeit eingeräumt wurden. Besonders plastisch kann man die Lage der europäischen Industrie an dem Beispiel der chemischen Industrie illustrieren. Wir benutzen wiederum die letzte Publikation des Völkerbundes. Nominell hat sich der Export der chemischen Produkte im Jahre 1925 gegenüber dem Jahre 1913 etwas gehoben, und zwar ungefähr um 800 Millionen Mark oder um 25 Prozent. Man muß indes in Betracht ziehen, daß die Preise noch mehr gestiegen sind, so daß eine wirkliche Zunahme des Exportes nicht zu konstatieren ist. Der Export aus Deutschland zeigt die ganz unbedeutende Zunahme von 910 Millionen Mark auf 930 Millionen Mark, während der Export aus dem Vereinigten Staaten sich um mehr als das Doppelte, der Export aus Frankreich nahezu um das Doppelte, der Export aus Italien um mehr als das Doppelte gesteigert hat. Charakteristisch ist auch der Umfang der Ausnutzung der Produktionsfähigkeit auf diesem Gebiete. Es erweist sich, daß im Jahre 1924 die Produktionsfähigkeit der Unternehmen der Farbenfabrikation der wichtigsten Länder nur zu 56 Prozent ausgenutzt wurde. Wenn man dies den fast unveränderten Ausmaßen des Welthandels gegenüberstellt, so wird es klar, in was für einer schwierigen Lage sich die europäische Industrie befindet, und wie wenig in dieser Beziehung durch irgendeine Konferenz, ähnlich der Genfer, Wandel geschaffen werden kann.

W. L.:

„THE PARTY ORGANISER“*

Das Zentral-Exekutivkomitee der amerikanischen Kommunistischen Partei hat mit der Herausgabe eines ständigen Presseorgans begonnen, das dem organisatorischen Aufbau der Partei dienen soll. Der deutsche „Parteiarbeiter“ ist das Muster, dessen sich die amerikanischen Genossen bei der Herausgabe des „Party Organiser“ bedienen. Die Nummer 1 enthält Aufsätze aus der Feder der führenden Arbeiter des Parteiapparats über die wichtigsten organisatorischen und politischen Fragen des Augenblicks. 1. Anwerbung neuer Mitglieder (Ruthenberg enrollment — Ruthenberg-Aufgebot); 2. die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen; die Lehren der Arbeit im Distrikt New-Jersey. Außerdem schildert der Organisator der Zelle in den Fordschen Werken kurz die Parteiarbeit in diesem Betrieb. Der deutsche „Parteiarbeiter“ bringt den unteren Parteiarbeitern nicht nur Artikel mit Anweisungen, sondern (was überaus wichtig ist) fördert den Austausch der Erfahrungen unter allen Parteifunktionären. Die Details der täglichen Parteiarbeit fehlen nicht und dürfen auch nicht in dem Material fehlen, das den Parteilesern des deutschen „Parteiarbeiters“ geboten wird. Er schildert das Leben im Betriebe, was im Hinblick auf das jetzige Rationalisierungsfieber von besonderer Wichtigkeit ist.

In der ersten Nummer des „The Party Organiser“ finden wir in der Hauptsache Aufsätze instruktiven Charakters. Für den Anfang ist es gut; um so mehr, als die Aufsätze die Aufmerksamkeit der Leser auf so wichtige Fragen lenken, wie es z. B. die Arbeit in den Gewerkschaften ist. Viele Parteimitglieder haben, wie es sich herausstellt, bis jetzt die Notwendigkeit ihrer aktiven Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit noch nicht erkannt. Darüber hinaus gibt es auch Parteimitglieder, die überhaupt außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen. Darauf weist in einem Aufsätze Gen. Jacques Johnston hin, der gleichzeitig empfiehlt, mit der Verwirklichung der von der Komintern und der Workers Party schon längst angenommenen Beschlüsse bezüglich der Gewerkschaftsarbeit der Zellen und der lokalen Parteileitungen zu beginnen. Die Workers Party hat in der letzten Zeit eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Streiks geleitet (Passavic, New-York und hat fraglos die Sympathien der breiten Massen erobert. Die Partei steht dem überaus ernsten Problem gegenüber, wie diese Sympathie zu formen, wie die linken parteilosen Elemente zu einem starken, gegen die Gewerkschaftsbürokratie gerichteten Block zusammenzufassen sind. Die Partei tritt an die Lösung dieser Aufgabe, und ihr erster Schritt muß die Festigung ihrer eigenen Positionen in den Gewerkschaften, die Schaffung eines Parteigerippes (Fraktionen) sein, das die ganze Last der Arbeit in den Verbänden und Betrieben übernehmen muß.

Die Partei steckt schon in dieser Arbeit. Gen. Jacques Stakel, der Leiter der Organisationsabteilung der New-Yorker Parteileitung, teilt mit, daß es in New-Jersey gelungen sei, die Passivität der Mitglieder der Kommunistischen Partei bezüglich der Gewerkschaften zu überwinden, daß die Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Zellen und die Aktivisierung der Gewerkschaftsarbeit schon positive Resultate ergeben habe. Die Parteiorganisation habe sich gefestigt, und die Kommunisten hätten die weite Arena des allgemein politischen Kampfes betreten und sich auch lokalen Fragen (ihrer Stadt) zugewandt; die Kommunisten hätten ihren Einfluß in den Gewerkschaften gesteigert und den Kontakt mit der Masse hergestellt. Gen. Stakel sagt, bei der Organisationsarbeit in New-Jersey hätten „die Kolonisatoren“ aus New-York geholfen, und macht deshalb den Vorschlag, nach den schwachen Bezirken gut vorbereitete Parteigenossen zu entsenden. In New-York habe sich dieser Versuch bewährt. Der Organisator der Zelle Ford berichtet in der Hauptsache über die Betriebszeitung und über die Hindernisse, die bei der Verbreitung der Zeitung unter die Arbeiter zu überwinden sind. Die Energie und Beharrlichkeit der Genossen aus der Ford-Zelle habe jedoch Resultate gezeitigt. Die Zeitung wird abgesetzt (in einer Auflage von 5000 bis 13000 Exemplaren) und ihre Ueberschüsse werden dem Fonds des Zentralorgans der Partei „Daily Worker“ zugeführt. Die Ford-

* „Der Parteiorganisator“, April 1927, Chicago, Verlag der Workers Party (kommunistisch).

Polizei wie die Staatspolizei fahnden nach der Zeitung, ihrem Redakteur und ihren Verkäufern; die Zeitung erscheint aber nicht nur unentwegt weiter, sondern erhöht sogar ihre Auflage.

„The Ford Worker“ bildet fraglos einen Erfolg der Partei. Die Ford-Zelle steht vor ersten Aufgaben. Eine Reihe von Jahren schon führt die Kommunistische Partei eine Kampagne für die Organisierung der Automobilarbeiter. Auf ihrem letzten Kongreß war die Federation of Labor (Amerikanische Arbeitsföderation) gezwungen, eine Resolution anzunehmen, die die Notwendigkeit der Organisierung der Automobilarbeiter und vor allem der Arbeiter Fords betonte. Bisher wird dieser Beschluß sabotiert, und die Initiative verbleibt nach wie vor in Händen der Kommunistischen Partei. Der Organisator der Zelle Ford berichtet nichts über die Arbeit der Zelle selbst, über ihre Werbetätigkeit, über die Propaganda für die Gründung eines Verbandes. Das ist sehr wichtig. Wir sind überzeugt, daß davon in den folgenden Nummern die Rede sein wird.

„The Party Organiser“ muß zum Wegweiser und Leiter beim Aufbau von Partei und Gewerkschaft werden. Er muß die Arbeit in den Betrieben beleuchten und wird dann einen Wert nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für jene Sektionen der Komintern gewinnen, die gegenwärtig damit beschäftigt sind, die Parteiarbeit den Bedingungen der „amerikanisierten“ Betriebe anzupassen.

WLADIMIR ILJITSCH
L E N I N
 S Ä M T L I C H E
W E R K E

Nach sorgfältiger Vorbereitung und im Anschluß an die neue russische, vom Lenin-Institut herausgegebene Ausgabe bringt der unterzeichnete Verlag eine autorisierte Gesamtausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache heraus. Die Ausgabe umfaßt etwa 28 Bände, von denen jeder 500 bis 600 Seiten stark ist. Um möglichst breiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft die Anschaffung der Werke zu erleichtern, hat sich der Verlag entschlossen, eine Subskription einer verbilligten Organisationsausgabe aufzulegen. D. h. bei Bestellung bis 31. Mai und sofortiger Bezahlung des Betrages kostet:

der Band in Ganzleinen		der Band broschiert	
bis 31. Mai	ab 1. Juni	bis 31. Mai	ab 1. Juni
M. 5,—	M. 8,—	M. 4,—	M. 6,—

Die Subskription des ersten Bandes verpflichtet nicht zur Abnahme der Gesamtausgabe. Bestellen Sie heute noch in Ihrer Buchhandlung, beim Literaturobmann oder beim Verlag direkt unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages (Postscheckkonto: Berlin 22140)

Als erster Band erscheint

Mitte Juni 1927 Band XIII:

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie

Einleitung

Inhalt

- I. Die Erkenntnistheorie des Empirioskritizismus und des dialektischen Materialismus
- II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich
- III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik
- IV. Die philosophischen Idealisten als Mitkämpfer und Nachfolger der Empirioskritizisten
- V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus
- VI. Der Empirioskritizismus und der historische Materialismus

Anhang: Zehn Fragen an den Referenten / Zur Frage der Dialektik / Anmerkungen / Namenregister usw.

Das Buch ist eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus auf dem Gebiete der marxistischen Philosophie. Lenin weist darin nach, daß der sogenannte „Empirioskritizismus“ (die mit dem Namen Ernst Mach und Richard Avenarius verknüpfte philosophische Richtung, daher auch „Machismus“ genannt), der eine gewisse Zeit in einigen marxistisch sein wollenden Kreisen Eingang gefunden hat, nichts anderes ist als eine neumodische Spielart des altbekannten philosophischen Idealismus, also letzten Endes eine modernisierte Pfafferei. Aber mehr als das. Wie seinerzeit bei Friedrich Engels die Polemik gegen Eugen Dühring dazu diente, seine eigenen philosophischen Anschauungen und die von Marx positiv zu entwickeln, so bietet Lenin die Auseinandersetzung mit dem Machismus nur den Anlaß, um positiv eine zusammenhängende Darstellung des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, wie sie von Marx und Engels begründet wurde, zu geben und auf unsere Zeit anzuwenden, im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der Naturwissenschaft.

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
 WIEN BERLIN S'V 48

Der Niedergang des holländischen Imperialismus

SEMAOEN:

INDONESIEN HAT DAS WORT

Die Machenschaften der englischen Imperialisten in China, die blutige Unterdrückung der Volkserhebung auf Java durch die holländischen Kolonialimperialisten erfordern die gespannteste Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

In der vorliegenden Broschüre nimmt der aus Indonesien verbannte Javaner Semaeon, der Leiter des indonesischen Eisenbahnerstreiks von 1923, das Wort zu den Problemen des Fernen Ostens, insbesondere zu denen Niederländisch-Indiens. Nach einem geschichtlichen Rückblick und einer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Bedeutung des Archipels schildert er in eindringlicher Weise Entstehung und Kampf der nationalrevolutionären und proletarischen Bewegung Indonesiens und entwirft die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Völker Asiens und des Weltproletariats gegen den Imperialismus.

44 Seiten / Farbiges Titelblatt von John Heartfield / Preis 40 Pfg.

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
Hamburg Berlin NW 6

Im Lande

der Roten Fahne

Bericht der 2. deutschen Arbeiterdelegation
240 Seiten 2 Karten und Illustrationen Preis 1.- Mk.

Diesen Bericht muß jeder lesen!

Zu beziehen durch alle Literaturstellen, durch jede Buchhandlung oder direkt durch

LITERATUR-VERTRIEB G.m.b.H. Berlin SW 61
Planufer 17 Postscheckkonto: Berlin 463 69